



Info- und Bildungsstelle
gegen Rechtsextremismus
im NS-DOK der Stadt Köln

Newsletter September 2019

Editorial.....	S. 1
Veranstaltungen des NS-Dokumentationszentrums.....	S. 2
Weitere Veranstaltungen.....	S. 6
Veröffentlichungen, Projekte, Wissenswertes.....	S. 17
Neu in der Bibliothek.....	S. 24
Am rechten Rand.....	S. 25
Bildnachweise und Impressum.....	S. 30

Sehr geehrte Damen und Herren, liebe Freundinnen und Freunde,

mit den Bränden im Amazonasgebiet wird auch der Blick auf die Folgen rechtsradikaler Politik auf Natur und Umwelt gerichtet. Brasiliens Präsident Bolsonaro lehnt nicht nur eine pluralistische Gesellschaft ab und steht für einen Staat mit militärischen Ordnungsprinzipien statt für einen demokratischen Rechtsstaat. Mit seiner Politik fördert er die gewaltsame und illegale Landnahme und treibt so die Zerstörung des Amazonas-Regenwaldes voran. Für ihn ist der Regenwald ausbeutbare Ressource um die Ökonomie anzukurbeln (was im Übrigen auch für Regierungen gilt, die politisch nicht rechts verortet werden). Dennoch ist dies ein gewichtiger Faktor im Rechtsruck Brasiliens, der mit drei großen Bs zusammengefasst werden kann: Bala, Boi, Bíblia – Kugel, Rind und Bibel. Damit steht Bolsonaro für ein Spektrum der Rechten, das einerseits einen aggressiven Nationalismus und einen rückwärtsgewandten Gesellschaftspolitik und gleichzeitig in der Wirtschaft einen Neoliberalismus propagiert, für den Umwelt- und Klimaschutz nur hinderlich sind.

Auf diesem Feld sind die Vorstellungen extrem rechter und rechtspopulistischer Akteure jedoch sehr unterschiedlich. Beispiel Klimawandel. Die Positionen europäischer Rechtsaußenparteien dazu hat die Berliner Politikberatung Adelphi untersucht, die Studie wurde im Frühjahr in Brüssel vorgestellt. Für lediglich sieben der 19 untersuchten Parteien gehört das klare Bestreiten einer menschengemachten Erderhitzung zur klaren Parteilinie – unter ihnen ist auch die AfD.

In einer zweiten Kategorie sehen die Autor/innen der Studie diejenigen, die sich entwe-

der vage, widersprüchlich oder sehr zurückhaltend zum Thema äußern. Dazu gehört beispielsweise die polnische PIS.

Und in einer dritten Gruppe werden schließlich diejenigen verortet, die den menschengemachten Klimawandel anerkennen und entsprechende Schutzmaßnahmen fordern oder aktiv unterstützen.

In der extremen wie auch der neonazistischen Rechten in Deutschland gibt es etliche Strömungen, für die Umweltschutz ein Kernanliegen ist. Dieser wird jedoch verstanden als Heimatschutz bzw. Schutz der „eigenen“ Kultur- und Naturlandschaften. In der aktuellen Ausgabe des „magazine“, einer Publikation des „apabiz“ wird die Relevanz des Themas Ökologie in verschiedenen rechten Publikationen untersucht. Trotz aller Unterschiede eint die Periodika, dass sie die Gefährdung deutscher Interessen durch eine „linke Lobby“, die EU oder die USA anprangern. Bislang jedoch hat sich der Großteil der Umweltbewegung nicht auf rechtsaffine Positionen eingelassen und sich diesen aktiv verweigert.

Ich hoffe, dass Sie in diesem Newsletter wieder interessante Informationen finden und darf Sie insbesondere auf die Ausstellung „Kriegserfahrungen 1939-1945“ des NS-DOK aufmerksam machen, die zum Jahrestag des Überfalls auf Polen am 1. September eröffnet wird.

Hans-Peter Killguss,
Leiter der ibs

Veranstaltungen des NS-Dokumentationszentrums

Kriegserfahrungen 1939–1945. Kölner und Kölnerinnen an Front und Heimatfront Ausstellungseröffnung, Sonntag, 1. September 2019, 11 Uhr, EL-DE-Haus



Obwohl der Beginn des Zweiten Weltkrieges nun achtzig Jahre entfernt ist, sind dessen Folgen im öffentlichen und privaten Bewusstsein nach wie vor gegenwärtig. Die tiefgreifenden Umbrüche, Gewalt- und Verluste, Erfahrungen hat die Erlebnissgeneration an die Generationen der Kinder und Enkelkinder weitergegeben. Deshalb präsentiert das NS-DOK in

neuer Aufmachung eine Ausstellung aus dem Jahr 2005, die sich weitgehend auf Material stützt, das Kölnerinnen und Kölner zur Verfügung gestellt haben.

Die Ausstellung widmet sich den Kriegserfahrungen, die die Kölner Bevölkerung in den Jahren 1939 bis 1945 machte. Sie beschränkt sich nicht auf die Erlebnisse in Köln, sondern fragt ebenso nach den Erfahrungen, die an der Front, in der Evakuierung oder durch Deportation gemacht wurden. Anhand von Briefen und Fotografien, die meist aus privater Hand stammen, wird die individuelle Dimension veranschaulicht. Zugleich entsteht ein dichtes Bild der Folgen des Vernichtungskrieges, den das nationalsozialistische Deutsche Reich seit dem Überfall auf Polen am 1. September 1939 geführt hat.

Programm:

Begrüßung: Dr. Werner Jung, Direktor des NS-Dokumentationszentrums der Stadt Köln

Grußwort: Elfi Scho-Antwerpes, Bürgermeisterin der Stadt Köln

Grußwort: Jakub Wawrzyniak, Generalkonsul der Republik Polen in Köln

Einführung: Dr. Karola Fings, NS-Dokumentationszentrum der Stadt Köln

Die Ausstellung des NS-DOK ist vom 2. September bis 3. November 2019 im EL-DE-Haus zu sehen.

Öffentliche Führungen durch die Ausstellung:

Montag, 16. September 2019, 17 Uhr, Exklusiv-Führung mit Dr. Karola Fings für Mitglieder des Vereins EL-DE-Haus e.V.

Sonntag, 29. September 2019, 16 Uhr, mit Sarah Keppel.

Eintritt: 4,50 Euro, erm. 2 Euro, zzgl. 2 € Führungsgebühr

Freitag, 4. Oktober 2019, 15–17:30 Uhr, mit Sarah Keppel

Eintritt: 4,50 Euro, erm. 2 Euro, zzgl. 4,50 € Führungsgebühr

Mittwoch, 30. Oktober 2019, 15 Uhr, mit Barbara Kirschbaum im Rahmen des SeniorenTreffs des Museumsdienstes

Eintritt: 4,50 Euro, erm. 2 Euro, zzgl. 2 € Führungsgebühr

Gedenkstätte Gestapogefängnis und Dauerausstellung „Köln im NS“ Öffentliche Führungen am 5. und 7. September 2019, EL-DE-Haus

Das EL-DE-Haus war von 1935 bis 1945 Sitz der Kölner Gestapo. Neben der Gedenkstätte Gestapo-Gefängnis mit über 1.800 Inschriften der Gefangenen zeigt die Dauerausstellung auf zwei Etagen die Geschichte Kölns im Nationalsozialismus.

Führungen mit Oliver Meißner am:
Donnerstag, 5.09.2019, 18.30 Uhr (KölnTag)
und Samstag, 7.09.2019, 14 Uhr

Treffpunkt: Kasse EL-DE-Haus

Führungsgebühr: fällt nicht an

Eintritt: 4,50 Euro, erm. 2 Euro (am Donnerstag, den 5. September 2019 ist KölnTag: Freier Eintritt für Menschen mit Wohnsitz in Köln)



Tag des offenen Denkmals

Führungen, Sonntag, 8. September 2019, 11–18 Uhr, EL-DE-Haus



Das EL-DE-Haus wurde 1934/35 ursprünglich als Wohn- und Geschäftshaus errichtet. Im Sommer 1935 ließ die Gestapo das Gebäude für ihre Zwecke umbauen und arbeitete vom 1. Dezember 1935 bis zum 2. März 1945 in diesen Räumen. Die Baugeschichte des EL-DE-Hauses und die Nutzung

durch die Gestapo stehen im Zentrum der Führungen. Vor allem im Gestapo-Gefängnis mit den Wandinschriften der Inhaftierten wird deut-

lich, welche Aussagekraft dieses „unbequeme Denkmal“ hat und wie wichtig es für eine Gesellschaft ist, auch die „dunklen“ Seiten der Geschichte wahrzunehmen.

Führungen

11 Uhr: Heike Rentrop
13 Uhr: Dr. Thomas Roth
15 Uhr: Birte Klarzyk
16 Uhr: Dr. Werner Jung

Treffpunkt: Kasse EL-DE-Haus

Eintritt: frei

Erzähl-Werkstatt

Gespräch, Dienstag, 10. September 2019, 15 Uhr, EL-DE-Haus

Irene Seiwert und Karl-Heinz Müller verbrachten als Jugendliche die meiste Zeit des Krieges in Köln. Die eine war Schülerin, erlebte den Bombenkrieg auf Köln und wurde 1944 in die „Kinderlandverschickung“ gebracht. Der andere zählte noch kurz vor Kriegsende als Flak-Helfer zum letzten Aufgebot des NS-Regimes. In dem Gespräch wird es darum gehen, wie stark die Zeit des Kriegs das spätere Leben beeinflusst hat. Welche Ereignisse waren prägend, welche Spuren blieben zurück und wie konnten Ängste und Verluste verarbeitet werden? Welche Rolle spielten Scham- und Schuldgefühle, mit denen alle Deutschen nach 1945 unweigerlich konfrontiert wurden?

Schließlich soll auch darüber gesprochen werden, welche Bedeutung das Erzählen und Zuhören für die vor 1945 Geborenen hat. So ist Irene

Seiwert seit vielen Jahren als Zeitzeugin aktiv und berichtet dabei auch über den schmerzlichsten Verlust in ihrem Leben: ihre beiden Brüder kehrten nicht zurück. Ludwig starb an der Front, Rolf in Kriegsgefangenschaft.



Ludwig (links) und Rolf Seiwert als Soldaten © NS-DOK (Bp 40798)

Moderation: Barbara Kirschbaum

Teilnahme: kostenfrei

Begleitprogramm zur Sonderausstellung „Kriegserfahrungen 1939–1945“

Das jüdische Köln – Vom „Jüddespidohl“ durch das jüdische Ehrenfeld

Exkursion, Sonntag, 15. September 2019, 15 Uhr, Köln-Ehrenfeld



Ehrenfeld besitzt eine eindrucksvolle jüdische Vergangenheit und Gegenwart. Ein Rundgang öffnet den Blick für die jüdischen Bewohner und ihr Leben.

Mit Gregor Aaron Knappstein, Mitglied der Jüdischen Liberalen Gemeinde Köln und Mitarbeiter des NS-Dokumentationszentrums.

Treffpunkt: Wohlfahrtszentrum Ottostr. 85 (Eingang Nußbaumerstraße)

Führungsgebühr: 6 Euro

Anmeldung bis zum 10.09.2019 unter:
https://museenkoeln.de/portal/kurs_buchen.aspx?termin=29556&inst=14

„Nie wieder Krieg!“ Schulaufsätze der 1950er Jahre aus Köln und Umgebung Vortrag, Freitag, 20. September 2019, 19.30 Uhr, EL-DE-Haus

Wie dachten die Kriegs“kinder“ in ihrer Jugend in den 1950er Jahren über die damals noch nahe Zeit des Hitlerregimes, der Besatzungszeit und der Gründungsphase der alten Bundesrepublik, die sie miterlebt hatten? Tausende von Schulaufsätzen des Hagener »Roeßler Archiv« zeigen, dass diese jüngsten Kriegskinder sich als Generation erfanden, um ihre Identität in der westdeutschen Nachkriegsgesellschaft zu bestimmen. Die oft traumatischen Erfahrungen der 1940er Jahre werden vielfach als Erfolgsgeschichte erzählt, um sie in die eigene Lebensgeschichte integrieren zu können.

Dr. Beate Müller, geboren 1963, arbeitet als Literaturwissenschaftlerin und Kulturhistorikerin an der Universität Newcastle in Großbritannien.

Als Expertin für Überlebenszeugnisse von Kriegskindern forscht sie derzeit über unveröffentlichte Aufsätze deutscher Schulkinder über den Zweiten Weltkrieg.



Beate Müller © Benedikt Reuse

Eine Veranstaltung des Arbeitskreises für Intergenerationelle Folgen des Holocaust, ehem. PAKH e.V., in Zusammenarbeit mit dem NS-DOK

Begleitprogramm zur Sonderausstellung „Kriegserfahrungen 1939–1945“

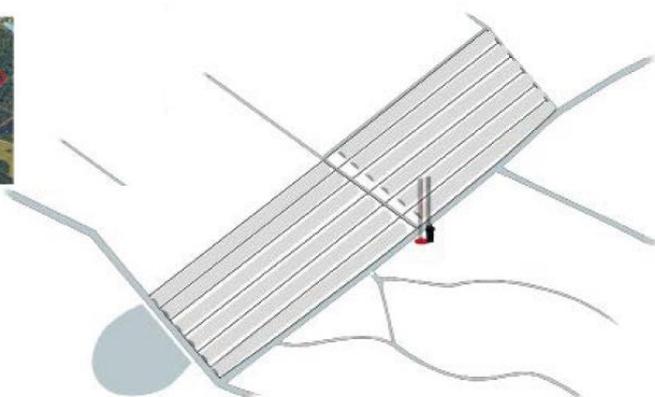
Eintritt: 4,50 Euro, erm. 2 Euro

Denkmal am ehemaligen Schießplatz Dünnwald

Denkmalseröffnung, Sonntag, 29. September 2019, 14 Uhr, Köln-Dünnwald



Ansicht der Fläche des ehemaligen Schießstandes und Positionierung des Denkmals
©Entwurf: Ruedi und Vera Baur.



In Zusammenarbeit mit einer Bürgerinitiative hat das NS-Dokumentationszentrum nach einer Form gesucht, wie an die Opfer der NS-Militärjustiz, die am ehemaligen Schießplatz Dünnwald von 1940 bis 1945 erschossen worden sind, erinnert werden kann. Der Schauplatz der Erschießungen sowie die mehr als 20 dort getöteten Männer im Alter von 18 bis 40 Jahren waren über Jahrzehnte in Vergessenheit geraten. Erst im Zusammenhang mit dem 2009 am Appellhofplatz errichteten Denkmal für die Opfer der NS-Militärjustiz wurde diese Lücke offenbar.

Das NS-Dokumentationszentrum führte die Recherchen durch, während die Bürgerinitiative für ihr Anliegen im Rahmen des Bürgerhaushaltes Mittel beschaffen konnte. Da das in Dünnwald

zu entwickelnde Erinnerungszeichen sich visuell an das zentrale Denkmal am Appellhofplatz anlehnen sollte, wurden Ruedi und Vera Baur (Paris) hinzugezogen, die 2009 den internationalen Wettbewerb zur Realisierung des Denkmals am Appellhofplatz gewonnen hatten.

Im November 2018 beschloss die Bezirksvertretung Mülheim, den Entwurf von Ruedi und Vera Baur zu realisieren. Er besteht aus einem stilisierten Fahnenmast, der von einem Zitat von

Ludwig Baumann (1921-2018), dem Vorreiter für eine Rehabilitation der Deserteure der Wehrmacht, geprägt ist. Auf dem Sockel informiert ein Text über den historischen Ort und das Geschehen in der NS-Zeit.

An der Einweihung mit dem Bezirksbürgermeister von Köln-Mülheim, Norbert Fuchs, nehmen Angehörige der Opfer sowie alle am Projekt beteiligten teil.

Begleitprogramm zur Sonderausstellung „Kriegserfahrungen 1939–1945“

Ort: Kalkweg, Köln-Dünnwald (Waldweg Richtung Waldbad Dünnwald, Freiluftveranstaltung)

Eintritt: frei

Konfliktlandschaft Hürtgenwald

Tagung, Dienstag, 1. Oktober 2019, 9 Uhr, Köln-Innenstadt

Auf der international besetzten Tagung zum Umgang mit Schlachtfeldern stellt Prof. Dr. Christoph Rass mit seinem Team die Ergebnisse der „Interdisziplinären Arbeitsgruppe Konfliktlandschaften“ an der Universität Osnabrück zur Diskussion.

Der Hürtgenwald ist ein über Jahrzehnte durch Erinnerungszeichen markierter, kommentierter und überformter Erinnerungsort. Am „Vossenack Ridge“, einem Gebiet, wo im November 1944 die so genannte „Allerseelenschlacht“ um die Ortschaften Vossenack, Kommerscheid und Schmidt stattfand, haben die Forschenden mit Hilfe der Magnetometrie die Oberflächen untersucht. Der Abgleich der so gewonnenen Befunde mit historischen Akten, Karten und Abbildungen sowie mündlichen Überlieferungen lässt ein mehrdimensionales Bild des Konfliktortes entstehen.

Im Vordergrund der Diskussion mit international forschenden Experten und Expertinnen stehen methodische und didaktische Zugänge zu solchen Orten der Gewalt.

Eine Veranstaltung der Universität Osnabrück und des Landschaftsverbands Rheinland in Kooperation mit dem NS-Dokumentationszentrum der Stadt Köln

Begleitprogramm zur Sonderausstellung „Kriegserfahrungen 1939–1945“

Ort: Gürzenich Köln, Isabellensaal
Martinstraße 29-37, 50667 Köln

Tagungsinformationen unter
<http://www.konfliktlandschaften.org>



Vorbereitung der magnetometrischen Prospektion von amerikanischen Feldartilleriestellungen bei Großhau, Januar 2019 © Frank Möller

Weitere Veranstaltungen

Die Erfindung der bedrohten Republik. Wie Flüchtlinge und Demokratie entsorgt werden

Autorenlesung, Mittwoch, 4. September 2019, 18.30 Uhr, Köln-Nippes

Der Flüchtlingsrat Köln und der Flüchtlingsrat NRW laden ein: „David Goeßmann analysiert in seinem kürzlich erschienenen Buch die Rolle von Medien und Politik im Zuge der „Flüchtlingskrise“ ab dem Jahr 2015. Aus seiner Sicht diente ein vermeintlicher Notstand als Rechtfertigung für das Vorantreiben einer europäischen Abschottungs- und einer restriktiven Sicherheitspolitik. Er kommt zu dem Ergebnis, dass es

hierdurch zu einer Beschädigung der Demokratie gekommen sei. Im Anschluss an die Lesung besteht die Möglichkeit im Rahmen eines Publikumsgesprächs mit dem Autor über seine Einschätzungen zu sprechen.“

Ort: Flüchtlingszentrum FliehKraft, Turmstraße 3-5, 50733 Köln

Eintritt: frei

Das Mädchen mit dem Posesiealbum

Autorenlesung, Mittwoch, 4. September 2019, 20 Uhr, Wiehl

Die Buchhandlung Hansen & Kröger lädt ein: „Das jüdische Mädchen Lien war acht Jahre alt, als sie von einem Tag auf den anderen ihre Familie für immer verlassen musste, um fortan bei den van Es zu leben. Das war 1942. Mehr als 70 Jahre später stößt der Oxford-Professor Bart van Es auf Liens Spuren. Er ist der Enkel jenes Paares, das Lien damals aufnahm. Doch warum wusste er bislang nichts von Liens Existenz? Bart van Es machte sich auf Spurensuche. Am Ende findet er nicht nur seine

Familiegeschichte, sondern auch die charismatische Lien de Jong, mit der er Freundschaft schließt. Es moderiert Antje Deistler.“

Ort: Forum der Volksbank, Bahnhofstraße 3, 51674 Wiehl (Eingang auf der rechten Seite, barrierefreier Zugang)

Eintritt: 15 Euro, Karten unter 02262 797927 oder in den Hansen & Kröger-Filialen in Wiehl und Engelskirchen

Der Staat Israel – Alles andere als einfach

Vortrag, Donnerstag, 5. September 2019, 19.30 Uhr, Köln-Südstadt

Die Kölnische Gesellschaft für Christlich-Jüdische Zusammenarbeit und die Melanchthon-Akademie laden ein: „Israel hat im Frühjahr 2019 gewählt. Unabhängig von den zahlreichen Skandalen sowie der lauten Kritik von Links und Rechts an seinem Regierungsstil war der neue Ministerpräsident danach auch der alte: Benjamin Netanyahu. Kein anderer Politiker hat das Land in seiner wechselvollen 71-jährigen Geschichte dermaßen lange regiert und ihm seinen Stempel aufgedrückt wie „Bibi“. Doch einfacher wird es dadurch nicht für ihn. Angefangen von der wachsenden Kluft zwischen Arm und Reich, die trotz einer boomenden Wirtschaft den gesellschaftlichen Zusammenhalt gefährdet, den vielfältigen Bedrohun-

gen durch den Iran sowie den Konzessionen, die der Friedensplan für den Nahen Osten von US-Präsident Donald Trump wohlmöglich verlangen könnte, gibt es für Israel in der nahen Zukunft zahlreiche Herausforderungen, die viel Konfliktpotenzial beinhalten. Das betrifft gleichfalls die nächste Regierung, die aus den vorgezogenen Neuwahlen vom 17. September hervorgehen wird.“

Referent: Dr. Ralf Balke Historiker, Buchautor, Researcher und Journalist

Ort: Melanchthon-Akademie, Kartäuserwall 24 B, 50678 Köln

Eintritt: 5 Euro

Einblicke in unterschiedliche Kulturen

Oberbergische Frag-mich-Messe, Samstag, 7. September 2019, 14 Uhr, Waldbröl



Das Netzwerk gegen Rechts im Oberbergischen Kreis lädt ein: „Das Ziel dieser Veranstaltung ist den Dialog zwischen verschiedenen Menschen zu fördern, um so Vorurteilen vorzubeugen und Menschen einander näher zu

bringen. Durch Begegnung und die Auseinandersetzung mit unbekanntem Menschen, werden auch Ängste ihnen gegenüber abgebaut. Um leicht in Kontakt zu kommen, stehen „Dialogtische“ zur Verfügung, an denen sich Menschen zu den vier ausgewählten Themen, die alle Menschen betreffen, befragen lassen. Die Themen werden Arbeit, Freizeit, Religion sowie Freunde und Familie sein.

Es sollen fünf bis sechs Personen jeweils für 15 bis 30 Minuten an einem Dialogtisch zusam-

mentreffen, eine Gelegenheit für einen gleichberechtigten Austausch von Wahrnehmungen, Sichtweisen und Erfahrungen. Wichtig dabei ist, dass die Teilnehmenden sich auf das, was gesagt wird, einlassen und die Meinungen und Ideen der anderen als legitim anerkennen, auch wenn sie nicht unbedingt damit einverstanden sind. Schließlich beruhen diese auf den jeweils eigenen Lebenserfahrungen, die eine Person gemacht hat.

Unser Ziel haben wir erreicht, wenn begonnene Gespräche, die am Dialogtisch nicht beendet werden konnten, am Rande der Veranstaltung weitergeführt werden und dadurch neue Kontakte entstehen, die für ein friedliches Miteinander in der Gesellschaft so wichtig sind.

Während der gesamten Veranstaltung gibt es ein kulinarisches Angebot im Foyer.“

Ort: Ratssaal und Foyer im Bürgerdorf am Alsborg, Nümbrechter Straße 18-21, Waldbröl

Eintritt: frei

Hetze in sozialen Netzwerken

Workshop, Freitag, 6. September 2019, 15 Uhr, Köln-Zollstock

„Zusammen in Zollstock“, Seelsorgebereich Köln am Südkreuz und das katholische Bildungswerk Köln laden ein: „Nicht selten tauchen in sozialen Netzwerken rechtsextreme, rassistische oder andere Diskriminierungen auf. Der Workshop geht auf extrem rechte Strategien und Kampagnen im Netz ein und wirft auch einen Blick auf die Mechanismen von sozialen Netzwerken wie Facebook. Gegen wen richtet sich der Hass? Wo kommt er her? Was läuft online anders als offline? Natürlich steht auch immer die Frage im Mittelpunkt: was können wir eigentlich dagegen tun? Und im Zusammenhang mit dem Netzwerk ‚Zusammen in Zollstock‘ stehen auch folgende Fragen im Fokus: Wie

können wir als Privatpersonen und im Kontext eines Engagements für Geflüchtete damit umgehen? Wie reagiere ich, wie reagieren wir auf rassistische Propaganda? Der Workshop bietet Raum für diese Fragen und behandelt Handlungsstrategien mit ihren Möglichkeiten und Grenzen.“

Referent: Pierre Klapp

Ort: Pfarrsaal Zum Hl. Geist, Zollstockgürtel 33, 50969 Köln

Anmeldung: Pfarrbüro Hl. Geist, hl-geist@netcologne.de

Militante rechte Netzwerke in der Bundeswehr

Vortrag und Diskussion, Montag 9. September 2019, 19.30 Uhr, Köln-Sülz

Die Friedensinitiative Sülz-Klettenberg, DFG-VK, das Friedensbildungswerk Köln und das Friedensforum Köln laden ein: „Ein Netzwerk aus Bundeswehrsoldaten, Angehörigen von

Polizei und Geheimdiensten erstellt Todeslisten, legt Waffenlager an und bereitet sich auf die Ermordung politischer Gegner*innen an einem ‚Tag X‘ vor. Auch der mutmaßliche Rechtsterro-

rist Franco A soll Teil dieses Netzwerkes sein. André S. war lange Zeit Soldat beim KSK und tritt unter dem Decknamen ‚Hannibal‘ auf. Die Verstrickungen des Netzwerkes reichen vom MAD über SEK-Einheiten bis in den Verteidigungsausschuss sowie einige Verfassungsschutzbehörden.“

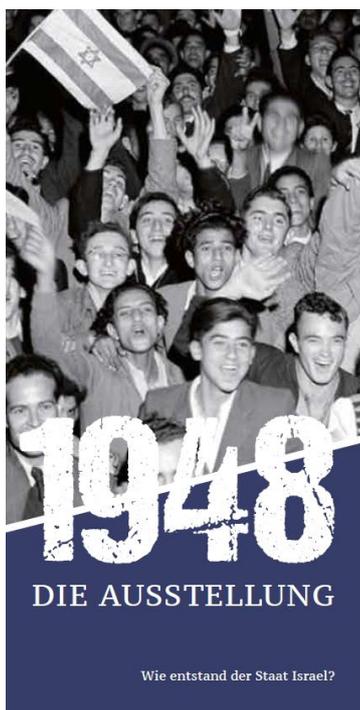
Referent: Luca Heyer, Informationsstelle Militarisierung

Ort: Tersteegenhaus, Emmastraße 6, 50937 Köln

Eintritt: frei

1948

Ausstellungseröffnung, Dienstag, 10. September 2019, 17 Uhr, Landgericht Köln



Das Landgericht Köln, die Synagogen-Gemeinde Köln und Dein e.V. laden ein: „Aus der Geschichte können wir lernen. Aus der Geschichte müssen wir lernen. Aber was ist, wenn die Geschichte verfälscht wiedergegeben wird? Dann lernen wir das Falsche. Bilden uns eine falsche Meinung. Verurteilen die Opfer und stellen uns auf die Seite der Täter. 1939 ist so ein Datum. ‚Wir schießen zurück‘, sagte Hitler. Nein – er schoss zuerst.“

1948 ist so ein besonderes Datum. Dabei wird der Hintergrund des israelischen Unabhängigkeitskrieges oftmals verdreht. Diese Ausstellung mit historischen Fakten in Dokumenten und Fotos lässt Zeitzeugen zu Wort kommen und beantwortet die zentrale Frage: Wie entstand Israel? Wie kam es zur Staatsgründung? Wer schürte die Feindschaft zwischen Juden und Arabern in Palästina? Welche Rolle spielten die

Britten, die UN und der Mufti von Jerusalem? Was wollten die Nazis in Palästina?

32 Tafeln und ein Audio-Guide für Smartphone geben diesen vertieften historischen Einblick in die politischen und gesellschaftlichen Ereignisse. Bilder, Dokumente und Zeitzeugen werden im Kontext präsentiert.

Die Ausstellung 1948 wurde zusammengestellt von Historikern, Politologen und Medienexperten. Eine Ausstellung unter der Schirmherrschaft von Dr. Felix Klein – Beauftragter der Bundesregierung für jüdisches Leben in Deutschland und den Kampf gegen Antisemitismus und S. E. Jeremy Issacharoff – Botschafter des Staates Israel in Deutschland.“

Ansprachen

Roland Ketterle, Präsident des Landgerichts Köln

Markus Trude, Vorsitzender des Kölner Anwaltsvereins e.V.

Bettina Levy, Vorstandsmitglied der Synagogen-Gemeinde Köln

Dr. Oren Osterer, Leitung DEIN e.V.

Für die Teilnahme ist eine Anmeldung erforderlich unter: <https://www.justiz-veranstaltungen.nrw.de/1948dieausstellung>

Ort: Foyer, 2. OG im Landgericht Köln, Luxemburger Str. 101, 50939 Köln

Die Ausstellung ist dort bis zum 29. November 2019, Montag bis Donnerstag von 8 bis 16 Uhr, Freitag von 8 bis 15.30 Uhr Köln zu sehen.“

Begleitprogramm (sofern nicht gesondert im Newsletter angegeben) unter Beteiligung verschiedener Kooperationspartner:

10. September: SERET INTERNATIONAL
A Letter From London, erforscht die zentrale Rolle Großbritanniens für die Wiedergeburt des Staates Israels. Anschließend Filmdiskussion mit Dr. Carlo Gentile
20.15 Uhr, Filmclub 813, Kino die Brücke in der Hahnenstraße 6, 50667 Köln

6 Euro, 5 Euro erm.
Reservierung unter: koeln@digv.de

15. September: BORIS RETTET DEUTSCHLAND

Comedy von Alexej Boris
16 Uhr, Gemeindesaal Roonstraße
Eintritt frei, Anmeldung unter: event@sgk.de

16. September: JÜDISCHES ERLEBEN UND SCHMECKEN

„Von Marokko nach Israel - eine Familiengeschichte“. Vortrag von Tal Kaizman mit anschließendem jüdisch-marokkanischem Köstlichkeiten.

18.30 Uhr, Gemeindesaal Roonstraße limitierte 25 Euro einschließlich Essen und ein Getränk, Anmeldung unter: event@sgk.de

17. September: KIBBUZ-EXPERIMENT

Lebensgeschichten von fünf Personen: Sie alle wurden als Kinder in Deutschland geboren und sind dort aufgewachsen, Sie erlebten die Verfolgung durch die Nazis und lebten im gemeinschaftlich-sozialistisch organisierten Kibbuz Ma'abarot, Israel.

20.30 Uhr, Traumathek, Egelbertstrasse 45, 50674 Köln
4 Euro, Anmeldung unter: Köln@digev.de

24. September: MYTHOS NAKBA

Vortrag von Alex Feuerrherdt
19. 00 Uhr, Gemeindesaal Roonstraße
5 Euro, Anmeldung unter: event@sgk.de

25. September: DROR MISHANI - CRIME COLLOGNE

Schon seine ersten drei Krimis haben in Israel, aber auch international, Aufsehen erregt. Sein neuer Roman 'Drei' hat jedoch einen regelrechten Hype ausgelöst. Zum ersten Mal liest Dror Mishani aus seinem neuen Buch in Köln. Deutsche Stimme und Moderation: Margarete von Schwarzkopf.

19. 30 Uhr, Gemeindesaal, Roonstraße
VVK 17 Euro, erm. 15 Euro
Tickets erhältlich über koelnticket

Undercover unter Extremisten

Autorenlesung, Mittwoch, 11. September 2019, 19 Uhr, Köln-Innenstadt

Die Zentralbibliothek Köln lädt ein: „Julia Ebner verfolgt hauptberuflich Extremisten. Undercover mischt sie sich unter Hacker, Terroristen, Trolle, Fundamentalisten und Verschwörer, sie kennt die Szenen von innen, von der Alt-Right-Bewegung bis zum Islamischen Staat, online wie offline. Ihr Buch macht die „Radikalisierungsmaschinen“ fassbar, Ebner zeigt auf, wie Extremisten die neuen Technologien nutzen, um uns zu manipulieren. Um ihre Antworten zu finden, schleust sich die junge Forscherin in zwölf radikale Gruppierungen quer durch das ideolo-

gische Spektrum ein. Aus dem Inneren beobachtet sie Planungen terroristischer Anschläge, Desinformationskampagnen, Einschüchterungsaktionen, Wahlmanipulationen. Ihr Buch ist Erfahrungsbericht, Analyse und ein unmissverständlicher Weckruf.“

Ort: Zentralbibliothek der Stadtbibliothek Köln, Josef-Haubrich-Hof 1, 50676 Köln

Eintritt: VVK 8 Euro, erm. 6 Euro
Tickets erhältlich über koelnticket

Köln zeigt Haltung – aber wie geht das?

Diskussion, Donnerstag, 12. September 2019, 19 Uhr, Köln-Innenstadt



Der Kölner Flüchtlingsrat lädt anlässlich seines 35-jährigen Jubiläums ein zu einer Abendveranstaltung zu aktuellen Themen der Kölner Flüchtlingspolitik: „In Zeiten bundespolitischer Verschärfungen gegenüber Flüchtlingen diskutiert der Kölner Flüchtlingsrat e.V. an diesem Abend mit der Oberbürgermeisterin, Ratspolitiker*innen und Vertreter*innen anderer Kölner NGOs über

Herausforderungen der Kölner Flüchtlingspolitik. Die Frage ist drängend, wie Köln Haltung zeigt...

Gelegenheit zum Austausch besteht auch beim anschließenden Sektempfang.“

Moderation: Anke Bruns (Journalistin)

Musikalisches Rahmenprogramm: Buddy Sacher

Ort: FORUM Volkshochschule im Museum, Cäcilienstraße 29-33, 50667 Köln

Eintritt: frei

Der Exodus der Juden aus der arabischen Welt

Vortrag, Donnerstag, 12. September 2019, 19.30 Uhr, Köln-Innenstadt

Die DIG AG Köln, das Bündnis gegen Antisemitismus Köln und die Synagogen-Gemeinde Köln laden ein zu einem Vortrag im Rahmen der Ausstellung 1948: „Würde es mit rechten Dingen zugehen, wäre bei jeder Diskussion über den Konflikt Israels mit seinen arabischen Nachbarn stets auch von der Flucht und Vertreibung nahezu aller Juden aus der arabischen Welt die Rede, die außerhalb Israels kaum im Bewusstsein ist. Die gerade auf Deutsch erschienene Studie des französischen Historikers Georges Bensoussan über 'Die Juden der arabischen Welt' ruft die Flucht von etwa 900.000 Juden aus den arabischen Ländern in Erinnerung und zeigt, dass die Radikalisierung der arabisch-islamischen Judenfeindschaft vor der israelischen Staatsgründung einsetzte und in vielen Aspekten eine Reaktion auf die partielle Autonomie der Juden in den arabischen Gesellschaften war.

Der Vortrag wird die Situation der Juden in den arabischen Gesellschaften skizzieren, die Bedeutung der arabisch-jüdischen Flüchtlinge für Israel thematisieren und der Frage nachgehen, warum das Schicksal der jüdischen Flüchtlinge aus den arabischen Ländern bisher kaum thematisiert wurde.

Stephan Grigat ist Lehrbeauftragter an der Uni Wien, Permanent Fellow am Moses Mendelssohn Zentrum der Uni Potsdam und Research Fellow am Herzl Institute for the Study of Zionism and History der Uni Haifa.“

Ort: Gemeindesaal der Synagogen-Gemeinde Köln, Roonstraße 50, 50674 Köln.

Eintritt: frei

Aus sicherheitstechnischen Gründen bitten wir um vorherige Anmeldung unter event@sgk.de bis zum 08.09.2019. Bitte bringen Sie einen gültigen Personalausweis für die Einlasskontrolle mit.

„Unwiderruflich sind die Gnadengaben und die Berufung, die Gott gewährt“ Karl Barths Frage nach Israel. Christliche und jüdische Fragen heute

Workshop, Freitag, 13. September 2019, 10 Uhr, Köln-Südstadt

Die Melanchthon-Akademie lädt in Zusammenarbeit mit dem Karl-Barth-Beauftragten des Reformierten Bundes und der Evangelischen Kirche im Rheinland ein: „Mitten im Kirchenkampf 1933 'entdeckt' Karl Barth das Judentum als den Augapfel Gottes. Der Angriff des Antisemitismus auf Gottes Augapfel richtet sich nach seiner Überzeugung auch auf das Sein oder Nichtsein der Kirche. 30 Jahre später 'entdeckt' unter anderem F.W. Marquardt diese tragende Spur in Barths Theologie erneut. Im christlich-jüdischen Dialog ist sie zu einer der Quellen ernsthafter und tiefgreifender Umkehr geworden. Und doch: Heute fordern nicht wenige einen erneuten Pa-

radigmenwechsel und historisieren jene Entdeckung. Was hat Barths Theologie uns heute angesichts neuer 'dämonischer Verrücktheit' (Barth) des Antisemitismus zu sagen? – mit Prof. Dr. Victor Kal Prof. Dr. Andreas Pangritz Dr. Martin Bock Wolfgang Hüllstrung Dr. Karl Friedrich Ulrichs “

Ort: Melanchthon-Akademie, Kartäuserwall 24B, 50678 Köln

Eintritt: 15 Euro

Anmeldung unter:
www.melanchthon-akademie.de

Auf den Spuren der Migration...

Afrika-Festival, Samstag, 14. September 2019, 12 Uhr, Köln-Innenstadt

Bündnis14 Afrika, Volkshochschule Köln, Dako e.V., Rautenstrauch-Joest-Museum und zahlreiche Kölner Afrikavereine und –initiativen laden ein zu einem Tag rund um Afrika in Köln in all seiner Vielfalt - zum Zuschauen, Mitmachen, Mitdiskutieren, Vernetzen und zum Genießen.

Ort: FORUM Volkshochschule im Museum am Neumarkt, Cäcilienstr. 29-33, 50667 Köln

Eintritt: frei

Haltung zeigen!

Workshop, 13.-15. September 2019, Bonn

Die Friedrich Ebert Stiftung NRW lädt zu einem „etwas anderen Haltungstraining zum persönlichen Umgang mit Rechtspopulismus“ ein: „Rechte Parolen emotionalisieren: Sie spielen mit Ängsten und Unsicherheiten und wollen Wut auf allen Seiten provozieren. Die Welt wird dafür pauschal in ein 'Wir' und 'die anderen' aufgeteilt wobei 'wir' natürlich die Guten sind und 'die anderen' die Bösen. Auf einer persönlichen Ebene gibt es oft eine Hilflosigkeit gegenüber den Pauschalierungen. Manche wissen nicht, was sie sagen sollen und schweigen daher. In

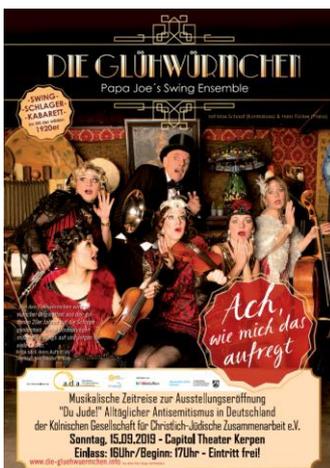
unserem Training wollen wir fragen: Wie entkommen wir diesem Spiel? Nach dem Seminar hat man die persönliche Haltung reflektiert, Anhaltspunkte für die Auseinandersetzung mit Rechtspopulismus definiert und kann gelassener die eigene (demokratische) Haltung vertreten.“

Referentin: Dr. Stefanie Hanke

Anmeldung und weitere Informationen unter: <https://www.fes.de/landesbuero-nrw>

„Du Jude!“ – Alltäglicher Antisemitismus in Deutschland

Ausstellungseröffnung, Sonntag 15. September 2019, 17 Uhr, Kerpen



Das Aktionsbündnis für Demokratiestärkung und Antirassismus lädt ein: „Gestern und Heute - musikalische Zeitreise durch die Goldenen Zwanziger trifft auf Ausstellung zum heutigen Antisemitismus in Deutschland. Für den musikalischen Genuss sorgen das S(w)ing-Ensemble 'Die Glühwürmchen' & Hanns Buschmann': Legendäre, vierstimmig arrangierte

Tonfilmschlager und fetzige Swing Nummern präsentiert mit einer teils amüsanten teils informativen Moderation, die Einblicke in die 20er Jahre erlauben. Geschichtlich-politische Hintergründe zur damaligen Zeit, zur aufkommenden Emanzipation als auch zu den geschichtlich-politischen Hintergründen der goldenen 20er Jahre bis hin zur Weltwirtschaftskrise.

Die Wanderausstellung ‚Du Jude!‘ der Kölnischen Gesellschaft für Christlich-Jüdische Zusammenarbeit e.V., bestehend aus 21 mobilen Stellwänden, zeigt den Antisemitismus als alltägliches Problem für Jüdinnen und Juden in Deutschland und macht seine verschiedenen Formen sowie die daraus resultierende Bedrohungslage für jüdisches Leben in Deutschland sichtbar. Entworfen wurde diese Ausstellung vom Projekt ‚Jederzeit wieder! Gemeinsam gegen Antisemitismus‘ und wird anschließend vom 16.09. bis 06.10.2019 für die Öffentlichkeit zugänglich im Kulturgebäude des Kreishauses Rhein-Erft-Kreis in Bergheim kostenfrei zu besichtigen sein. Für Gruppen und Schulklassen ist eine pädagogische Begleitung möglich, die unter ada@ash-sprungbrett.de angefragt werden kann.

Ort: Capitol Theater Kerpen

Eintritt: frei

Weitere Informationen unter: c.maierski@ash-sprungbrett.de; Tel. 02271 7542315

Hintergründen und Zusammenhänge rechter Strömungen

Multiplikatorentraining, Dienstag, 17. September 2019, 14 Uhr, Gummersbach

Das Netz gegen Rechts Gummersbach lädt ein zu einem Fortbildungsangebot für Menschen, die ihr Wissen in geeigneter Weise teilen und so dazu beitragen, in ihrem Arbeitsumfeld für ein kollegiales, offenes und tolerantes (Betriebs-)Klima zu sorgen: „Wir laden Sie als Multiplika-

tor*innen im Betrieb / in der Institution herzlich ein, Hintergründe und Zusammenhänge rechter Strömungen zu erfahren und Möglichkeiten des Handelns kennenzulernen. Neonazis, Rechts-extreme, Neue Rechte, Rechtspopulismus, Identitäre Bewegung, Reichsbürger... Das sind nur

einige Begriffe, die in der aktuellen Diskussion über das politische Spektrum Rechtsaußen genutzt werden. In diesem Dickicht unterschiedlicher Zuschreibungen verliert man schnell die Übersicht. Um wen handelt es sich genau? Was sind die jeweiligen ideologischen Grundlagen? Und wie sind die einzelnen Spektren voneinander zu unterscheiden? Antworten auf diese und andere Fragen soll die Fortbildung, die sich speziell an Multiplikator/innen aus den Bereichen Verwaltung, Schule, Jugendarbeit und Betriebsräte richtet, geben. Ein Fokus liegt dabei auf dem Thema ‚Rassismus‘ als Kernideologie aller extrem rechten Strömungen, der sich aber gleich-wohl auch in der politischen Mitte

findet und ein gesamtgesellschaftliches Problem ist.“

Referenten: Alexander Häusler (Dipl. Sozialwissenschaftler, Hochschule Düsseldorf und Andreas Speit (freier Journalist und Autor)

Ort: Sitzungssaal Hohenzollernbad im Oberbergischen Kreis, Moltkestraße 45, 51643 Gummersbach

Eintritt: frei

Anmeldung bis zum 10.09.2019 unter: info@netzgegenrechts-oberberg.org.

Ignatz Bubis - Ein deutscher Staatsbürger jüdischen Glaubens **Vortrag, Mittwoch, 18. September 2019, 19 Uhr, Köln-Innenstadt**



Die Kölnische Gesellschaft für Christlich-Jüdische Zusammenarbeit und Synagogen-Gemeinde Köln laden ein: „Ignatz Bubis, 1927 in Breslau geboren, teilte als Opfer des Naziterrors die Leidensgeschichte seiner Generation. Mit ihr teilte er auch den Zwang zur Entscheidung, in welchem Land er nach dem Ende des Krie-

ges eine neue Heimat finden sollte. Er entschied sich für Deutschland, für ein Leben im Land der Täter und Mitläufer. Er verstand sich als ‚deutscher Staatsbürger jüdischen Glaubens‘. Hitlers totalem Vernichtungswillen sollte ein wieder auflebendes jüdisches Leben in Deutschland entgegengestellt werden. Bubis‘ starke Medienpräsenz als Stimme des Gewissens garantierte

das erwünschte Sichtbarwerden der kleinen jüdischen Minderheit – aber auch zahlreiche antisemitische Anfeindungen. Der Rückblick auf das Leben und Wirken Bubis‘ öffnet den Blick auf die Gegenwart und die erhoffte Zukunft. Kann angesichts der nach wie vor belastenden Vergangenheit Normalität gestaltet werden?

Der Referent, Professor Salomon Korn, hat viele Jahre lang die Aktivitäten des 1999 verstorbenen Vorsitzenden des Zentralrats der Juden in Deutschland, Ignatz Bubis, aus nächster Nähe beobachten können.“

Ort: Gemeindesaal der Synagogen-Gemeinde Köln, Roonstr. 50

Eintritt: 5 Euro

Anmeldung: event@sgk.de

Bitte denken Sie wegen der leider notwendigen Sicherheitsmaßnahmen an einen gültigen Lichtbildausweis.

Argumente gegen Stammtischparolen

Workshop, Donnerstag, 19. September 2019, 15 Uhr, Köln-Innenstadt

Die AWO Köln lädt ein: „Ehrenamtliche, die sich für Geflüchtete engagieren begegnen häufig Situationen, in denen mit Parolen und platten Sprüchen Vorurteile gestreut werden – dies passiert in der Regel unvermittelt etwa beim Familienfest, im Gespräch mit den Nachbarn, im Geschäft, in der Schule oder auch am Stammtisch. In der Veranstaltung wird verdeutlicht, woher eigentlich diese Äußerungen kommen,

welche Wirkung sie haben sowie man wirkungsvolle Handlungsstrategien entwickelt.“

Referent: Prof. Dr. Klaus-Peter Hufer

Ort: AWO KV Köln, Rubensstraße 7-13, Köln

Eintritt: 5 Euro für Ehrenamtliche, 20 Euro für Hauptamtliche

Anmeldung bis zum 01.09.2019 unter: budkova@awo-koeln.de

Fokus: Fundamentalismus und Migration

Afrika Film Festival, 19.-29. September 2019, Köln



FilmInitiativ Köln e. V. lädt ein: „Das 17. Afrika Film Festival Köln präsentiert 75 Filme und 30 Gäste aus 23 Ländern Afrikas und der Diaspora Ouagadougou, Tunis, Durban, Sansibar, Tarifa, Rotterdam und Berlin. Es gab neue Meisterwerke von alten Bekannten zu entdecken, und junge vielversprechende Filmschaffende konnten nach Köln eingeladen werden. Hinzu kamen

weltweite Online-Recherchen und zahlreiche Filme, die von afrikanischen Regisseur*innen persönlich bei FilmInitiativ eingereicht wurden. Aus diesem Fundus wurden Hunderte Filme gesichtet und 75 Spiel-, Dokumentar- und Kurzfilme aus 23 afrikanischen

Ländern sowie aus Brasilien, den USA und Europa ausgewählt.

Das Programm vermittelt nicht nur einen geografischen Überblick über das aktuelle Filmschaffen von Nord- bis Südafrika, sondern auch über aktuelle thematische Schwerpunkte in der Diaspora. Das anspruchsvolle Kino des afrikanischen Kontinents prägen auch weiterhin engagierte Autorenfilmer*innen, die Geheimnisse aufdecken und gesellschaftliche Missstände anprangern, urbanes Leben widerspiegeln und künstlerische Aufbrüche dokumentieren. Auffallend ist, wie fantasievoll, mutig und radikal sich Filmschaffende in Afrika mit fundamentalistischen Bewegungen jeglicher Couleur auseinandersetzen.“

Alle Infos unter: <http://afrikafilmfestivalkoeln.de>

Köln (post-)kolonial

Kolonialkritischer Stadtrundgang, Freitag, 20. September 2019, 15.30 Uhr, Köln-Nippes

Das Netzwerk Friedenskooperative lädt ein: „Das Ende des deutschen Kolonialreichs liegt mehr als 100 Jahre zurück. Doch koloniale Strukturen und Denkmuster prägen auch heute noch unser Zusammenleben und es gibt in zahlreichen Städten Straßennamen, die in Zusammenhang mit der deutschen Kolonialvergangenheit stehen. Im kollektiven Geschichtsbewusstsein kommt dieses Kapitel der deutschen Geschichte aber nur schleichend an.

Kaum einer weiß, weshalb Köln Anfang des 20. Jahrhunderts als ‚Koloniale Metropole‘ des Westens galt. Warum auch Gustav Nachtigal ein Kolonialverbrecher war. Oder wie der Kameruner Rechtsgelehrte Rudolph Manga Bell in seiner

Heimat gegen die deutsche Kolonialherrschaft klagte.

Der Rundgang mit Bebero Lehmann gibt in der Auseinandersetzung mit den Straßennamen im Kölner ‚Afrika-Viertel‘ tiefere Einblicke in die koloniale Vergangenheit Kölns und Deutschlands. Außerdem wird thematisiert, wie mit Straßennamen als öffentlichen Erinnerungsorten umgegangen wird.“

Treffpunkt: wird bei der Anmeldung bekannt gegeben

Eintritt: 10 Euro, erm. 8 Euro

Anmeldung unter: friedensbildungswerk.de

Frauen* und deutscher Kolonialismus. Postkoloniale Perspektiven auf Köln

Stadttealführung, Samstag 21. September 2019, 14 Uhr, Köln-Südstadt

Der Kölner Frauengeschichtsverein lädt zu einem Stadtrundgang mit Azziza Malanda und Merle Bode ein: „In der Kölner Südstadt suchen wir Orte auf, anhand derer wir die Kolonialgeschichte Kölns sichtbar machen. Wir richten unseren Blick auf Akteurinnen, die aus den kolonisierten Gesellschaften stammten und in Köln lebten; Arbeiterinnen in einer Schokoladenfabrik und Frauen des Kölner Bürgertums, die die koloniale Idee in Köln verankerten und/oder als Auswandernde, Missionarinnen und Forschungsreisende deutsche Kolonisatorinnen

waren. Wir zeigen, dass die kolonialen rassistischen und sexistischen Strukturen uns und unsere Gesellschaft bis heute prägen. Über allem steht die Frage, was Kolonialismus eigentlich mit uns zu tun hat.“

Treffpunkt: Bürgerhaus Stollwerck, Dreikönigenstr. 23, 50678 Köln

Eintritt: 10 Euro

Anmeldung unter: info@frauengeschichtsverein.de

Kann Kirche Demokratie? Die Protestanten im Stresstest **Diskussion, Sonntag, 22. September 2019, Köln-Altstadt**

Die Melanchthon-Akademie lädt ein: „Mehr als 70 Prozent der regelmäßigen Gottesdienstbesucher/innen sind der Meinung, man könne nur 'richtiger' Deutscher sein, wenn man deutsche Vorfahren hat und hier geboren ist. Jeder Vierte stimmt der Aussage zu: 'Die Juden übertreiben immer, wie sehr sie gelitten haben.' Warum sind treue Kirchgänger besonders anfällig für autoritäre, nationalistische und ausgrenzende Einstellungen? Warum entwickeln sich viele Gemeinden zum Rückzugsraum gegen den sozialen und kulturellen Wandel? Arnd Henze, Fernsehkorrespondent im ARD-Hauptstadtstudio, evangelischer Theologe, Gründer des ‚Dellbrücker Forums‘, hat eine Streitschrift („Kann Kirche Demokratie? Wir Protestanten im Stresstest“, Herder 2019) verfasst, die in der evangelischen Kirche auf Spurensuche geht. Antworten findet er im toxischen Erbe der Vergangenheit. Er

wirbt aber auch für einen Lernprozess, in dem sich die Kirche außerhalb der religiösen Nische als Teil einer lebendigen Zivilgesellschaft verortet. Dafür braucht es eine Kultur der Wertschätzung und des Streits. Auch Henzes Analyse ist deshalb eine Streitschrift – für eine Kirche, die im Sinne Dietrich Bonhoeffers Mut zur Weltlichkeit entwickelt, um im Stresstest für die Demokratie zu bestehen. An diesem Abend diskutiert Arnd Henze mit Manfred Kock, Ratsvorsitzender der EKD i.R. und anderen Gästen aus der Zivilgesellschaft.“

Moderation: Pfarrer Mathias Bonhoeffer, Kartäuserkirche

Ort: Kartäuserkirche, Kartäusergasse 7, 50678 Köln

Eintritt: frei

Diskriminierung im Klassenzimmer?

Workshop, Dienstag, 24. September 2019, 13 Uhr, Köln-Innenstadt

Die VHS Köln lädt junge Menschen ein: „Diskriminierende Äußerungen und Handlungen unter Jugendlichen: Witze, die nicht witzig sind, weil sie andere herabwürdigen, die Verharmlosung des Holocaust – das kann zum Schulalltag gehören. Oft ärgert man sich über entsprechende Aussagen gegenüber anderen Jugendlichen, gerade wenn sie von Freundinnen und Freunden kommen. Manchmal sind wir selbst Opfer. Wie können wir im schulischen Alltag besser

damit umgehen? Was können wir tun, wenn wir selbst entsprechend gehandelt haben?“

Ort: VHS Studienhaus am Neumarkt, Cäcilienstr. 35, 50667 Köln

Teilnahme: kostenfrei

Wir beraten Sie gern und bitten anschließend um verbindliche **Anmeldung** unter: vhs-kultur@stadt-koeln.de

Anfeindungen von rechts - Wie Ehrenamtliche sich schützen können

Workshop, Donnerstag, 26. September 2019, 18 Uhr, Köln-Südstadt

Das Forum für Willkommenskultur und die Melanchthon-Akademie laden ein: „Immer wieder und immer öfter werden Engagierte in der Flüchtlingsarbeit wegen ihrer ehrenamtlichen Tätigkeit angegangen und persönlich diffamiert. Zum Teil in der Öffentlichkeit, aber auch anonym in sozialen Medien. Anhand von Praxisbeispielen und Rollenspielen versuchen wir, unterschiedliche Situation zu erfassen, sie aufzuarbeiten und dabei Wege zu finden, wie wir uns verhalten können.“

Ort: Melanchthon-Akademie Köln, Kartäuserwall 24B, 50678 Köln

Referent*in: Felicia Köttler und Hans-Peter Killguss, ibs

Teilnahme: kostenfrei

Anmeldung unter: gabi.klein@koeln-freiwillig.de oder Tel.: 0221-888 278-24

Radikalisierungsprävention im schulischen Kontext

Fachtag, Donnerstag, 26. September 2019, 11 Uhr, Düsseldorf

„Aktion Gemeinwesen und Beratung e.V.“, lädt ein: „Der Bedarf an pädagogischen Ansätzen, Methoden und Verfahren im Umgang mit radikalisierten jungen Menschen im schulischen Kontext wächst. Radikalisierung als Gefährdung für Kinder und Jugendliche stellt nicht nur Eltern, sondern auch Lehrer*innen und Schulsozialarbeiter*innen vor große Herausforderungen. Das Modellprojekt 'CleaR-Clearingverfahren gegen Radikalisierung' versucht diese Lücke zu schließen und wird seit April 2016 an sechs Gesamtschulen und Berufskollegs in Nordrhein-Westfalen und Berlin umgesetzt. Ziel hierbei ist es, Radikalisierungsprozesse im schulischen Umfeld frühzeitig zu erkennen und mit Hilfe eines strukturierten Verfahrens diese Prozesse zu unterbrechen oder zumindest zu verlangsamen. Hierbei kommen unterschiedlichste sozialpädagogischer Methoden zum Einsatz. Durch einen systemischen Blick in der Fallarbeit arbeiten wir mit schulischen und außerschulischen Akteuren zusammen und binden somit auch ein sozialraumbezogenes Netzwerk in die Fallarbeit mit

ein. Neben der Fallarbeit setzen die pädagogischen Fachkräfte zusätzlich flankierende Maßnahmen an den Schulen um die auf eine Sensibilisierung der Lehrkräfte zielt und einen professionellen und unaufgeregten Umgang mit der Thematik im schulischen Kontext fördern soll. Auch Schüler*innen werden im Rahmen des Modellprojekts durch Arbeitsgruppen, Workshops und Projektstage mit eingebunden. Hier steht vor allem der Umgang mit Diskriminierungserfahrungen aber auch die Stärkung demokratischer Werte und der Ambiguitätstoleranz im Mittelpunkt. Das Modellprojekt wird gefördert durch die Bundeszentrale für politische Bildung.“

Ort: Stadtteilzentrum Bilk, Bachstrasse 145, 40217 Düsseldorf

Eintritt: Die Anzahl der Teilnehmenden ist begrenzt, eine verbindliche Anmeldung bis zum 2. September ist daher erforderlich; für Informationen und eine Anmeldung kontaktieren Sie bitte: lisa.kiefer@die-agb.de

X

Kulturveranstaltung, Samstag 28. September 2019, 14 Uhr, Köln-Rodenkirchen

WiSü- Willkommen im Rheinbogen e.V. lädt ein: „Im Rahmen der Tage der Offenen Ateliers veranstalten wir ein Musik-, Kunst und Kulturevent auf ‚X‘, unserem outdoor-Gelände auf der Sürtherstr. 189, Köln Rodenkirchen. Wir möchten Euch und Ihnen Gelegenheit geben, Ihre und Eure aktuellen und bedeutsamen Themen oder Projekte bei uns vorzustellen. Wir haben

Platz für Info-Stände, Workshops, Aufführungen... Wir freuen uns auf Euch!“

Ort: Sürther Straße 189, 50999 Köln

Eintritt: frei

Interessierte bitte melden bis zum 15. 9. bei Monika Wilke oder Dr. Ellen Behnke 0177-2339633; 015736-000468, info@wisue.de

Wie gefährlich sind die Neuen Rechten – auch in Köln?

Autorenlesung, Dienstag, 10. Oktober 2019, EL-DE-Haus



Kein Veedel für Rassismus lädt in Kooperation mit der Volkshochschule Köln ein: „Der Fall des erschossenen Kasseler Regierungspräsidenten Walter Lübcke zeigt, wie präsent Rechtsextremismus in unserer Gesellschaft ist. Gerade erst hat der Verfassungsschutz auch die Identitäre Bewegung als gesichert rechtsextrem eingestuft. Der Verfassungsschutz wirft ihr geistige Brandstiftung

vor, die nicht mit dem Grundgesetz vereinbar ist und Grundlage für Übergriffe und Gewalttaten werden kann. Gleichzeitig ist die Identitäre Bewegung gewichtiger Teil im Netzwerk der Neuen Rechten. Der Autor Christian Fuchs legt dar, wie vermeintlich hip und harmlos die Identitären auch in Köln für sich werben: Vor drei Jahren hissen sie flashmobmäßig ein Banner vom Hauptbahnhof und fordern ‚Remigration‘. Die Wortschöpfung bedeutet der Recherche zufolge nichts anderes als Abschiebung, stellt gleichzeitig Ausländer*innen unter Generalverdacht und erzählt die Mär von einer gesteuerten Über-

fremdung durch Muslime mit. Der Journalist des Wochenmagazins Die Zeit deckt außerdem auf, wie die Identitären mit der einer Kölner Burschenschaft verbunden sind. Mitglieder der Studentenverbindung sitzen wiederum für eine Partei in Landtagen und im Bundestag. Die Neuen Rechten nutzen aber auch Netz und Kultur: Das erfolgreichste Online-Medium der Szene, das Blog PI News, hat seinen Sitz in Köln. Gleich um die Ecke in Lützenkirchen erscheint Arcardi, das Jugendmagazin der neurechten Szene und aus Leverkusen werden Trollarmeen gesteuert. Christian Fuchs wird erläutern, wer das Netzwerk lenkt, wer es finanziert und wie es die Ge-

*sellschaft verändert. Wir von ‚Kein Veedel für Rassismus‘ wollen an dem Abend auch wissen: Wie erkennen wir die Neuen Rechten und was können wir gegen Rechtsextremismus tun? Mit der Lesung macht ‚Kein Veedel für Rassismus‘ den Auftakt zu einer Reihe, in der Künstler*innen, Wissenschaftler*innen und Journalist*innen mit uns diskutieren.“*

Ort: NS-Dokumentationszentrum, Appellhofplatz 23-25, 50667 Köln

Eintritt: 4,50 Euro, erm. 2 Euro

Reservierung per Mail unter: kontakt@kvfr.de

Veröffentlichungen, Projekte, Wissenswertes

„Es geht doch!“

Verein EL-DE-Haus e.V. zum Abhängen antisemitischer Plakate

Der Verein EL-DE-Haus e.V. teilt mit: „Für Empörung sorgten Plakate, die die rechtsextreme Partei ‚Die Rechte‘ im Europawahlkampf zuerst in der Region und dann auch in der Stadt Köln aufgehängt hatte. ‚Zionismus stoppen – Israel ist unser Unglück!‘ und ‚Wir hängen nicht nur Plakate‘ war vor dem Hintergrund der Fahne Israels darauf zu lesen. Der Kölner Flüchtlingsrat, dessen Mitarbeiter als erster die Plakate in seinem Wohnort entdeckt hatte, erstattete Strafanzeige und lud zu einem Bündnis gegen den Antisemitismus ein. In relativ kurzer Zeit verabschiedeten mehr als 40 Organisationen und Personen aus Köln, der Region und dem südlichen NRW eine gemeinsame Erklärung ‚Antisemitismus nicht hinnehmen‘.

Weniger erfolgreich waren die Bemühungen, die Verantwortlichen dieser antisemitischen Plakataktion strafrechtlich zu belangen. Die Strafanzeige des Flüchtlingsrates wurde relativ schnell von der Staatsanwaltschaft Köln negativ beschieden. Die Strafanzeige des Vereins EL-DE-Haus in einer neunseitigen Erklärung versandt am 29. Mai 2019 wurde ebenfalls für gegenstandslos erklärt. Die antisemitischen Parolen seien als Israelkritik durch den Grundsatz der Meinungsfreiheit gedeckt und die damit verbundenen Assoziationen an den Sprachgebrauch der NS-Propaganda strafrechtlich nicht relevant. In ihrer Begründung nahm die Staatsanwaltschaft Köln ausdrücklich Bezug auf die Ordnungsbehörden der Stadt Dortmund, die eine Versammlung der Partei ‚Die Rechte‘ mit diesen Plakaten im Mai 2018 geduldet habe.

Eine verquere Logik: Nur weil antisemitische Parolen an einem Ort hingenommen worden seien, könnten sie auch nicht am anderen Ort nicht strafrechtlich verfolgt werden. Allerdings hatten die Kölner Staatsanwälte nicht mitbekommen, dass wenige Tage vor der Europawahl die Bochumer Polizei eben diese Plakate entfernt und sowohl das Verwaltungsgereicht Gelsenkirchen wie das Oberverwaltungsgericht NRW in Münster dieses Vorgehen ausdrücklich gebilligt hatten. Kaum war die OVG-Entscheidung am 24. Mai bekannt, verpflichtete auch die Stadt Dortmund die Partei ‚Die Rechte‘ diese Plakate abzuhängen und als diese dem nicht nachkam, griffen Ordnungs- und Baudezernent zum Seitenschneider und hängten unter Polizeischutz auf dem Wilhelmsplatz in der Ne-

onazi Hochburg Dortmund-Dorstfeld die antisemitischen Plakate ab.

Juristisch gedeckt wurde das Vorgehen der Bochumer und Dortmunder Ordnungsbehörden durch das Versammlungsgesetz. Die Partei

‚Die Rechte‘ hatte ihre Informationsstände als Kundgebung nach dem Versammlungsgesetz angemeldet, um sich so vor Gegendemonstrationen zu schützen. Die Verfügung der Ordnungsbehörden, die Plakate ‚Israel ist unser Unglück‘ und ‚Wir hängen nicht nur Plakate‘ weder mit sich zu führen, noch sie aufzuhängen, stützte sich im Wesentlichen auf die Gefährdung der öffentlichen Sicherheit und Ordnung. Denn –

so das OVG Münster – [...] dieser Inhalt des Plakats dazu geeignet ist, den Eindruck einer Bedrohung der insbesondere in Deutschland lebenden jüdischen Bevölkerung zu erwecken.‘ Und weiter: ‚In einer Zusammenschau mit der Wendung Israel ist unser Unglück spielt der Begriff des Zionismus auf den Topos einer jüdischen Weltverschwörung an. Dies zeigt sich auch daran, dass die Formulierung ‚Israel ist unser Unglück‘ als eine bloße Abwandlung der in der NS-Zeit propagierten Hassparole ‚Die Juden sind unser Unglück‘ erscheint.‘ So hatte auch der Verein EL-DE-Haus in seiner Strafanzeige argumentiert und dies hatte die Staatsanwaltschaft Köln verneint.

Auch in seiner Schlussfolgerung widerspricht das OVG-NRW der Position der Kölner Staatsanwaltschaft: ‚Damit dürfte es sich nicht lediglich um eine Kritik am Staat Israel und dessen Politik handeln, sondern um eine gegen die jüdische Bevölkerung als solche gerichtete Aussage.‘ Genau diesen Zusammenhang konnte die Staatsanwaltschaft Köln ebenfalls nicht erkennen. Ebenso wenig sah sie die mit der Aufschrift ‚Wir hängen nicht nur Plakate‘ verbundene unmittelbare Bedrohung der Jüdinnen und Juden. Hingegen urteilte das OVG-NRW: ‚Dies ist als Kundgabe der Gewaltbereitschaft oder auch



Plakat von „Die Rechte“ im Europawahlkampf, Frechen



Demonstration von „Die Rechte“ am 20.04.2019 in Wuppertal © Jennifer Marken

als Ankündigung von Bereitschaft zur Selbstjustiz zu verstehen.' Deutlicher geht es nicht!

Was folgt daraus? In der Hauptsache muss noch entschieden werden, aber es gibt nun endlich ein Urteil, dass solche antisemitischen Angriffe nicht mit dem Recht auf Meinungsfreiheit gedeckt sind und dass von ihnen eine Bedrohung des jüdischen Teils der Bevölkerung ausgeht. Künftig sind daher Ordnungsbehörden, die Städte, Kreise und die Polizei – und dies gilt auch für Köln und die Region – aufgefordert, mit den Mitteln des Ordnungsrechtes einzuschreiten. Und die Staatsanwaltschaften können nicht mehr in Untätigkeit verharren, sondern müssen ihre Auffassung revidieren und gegen die Verantwortlichen für solche Parolen strafrechtlich ermitteln.

Für uns, für den Verein als Teil der Zivilgesellschaft und alle anderen Organisationen und Institutionen heißt es: antisemitische Übergriffe melden, Anzeige erstatten, dem Antisemitismus in welcher Form auch immer keinen Zentimeter öffentlichen Raum überlassen.“

Wolfgang Uellenberg-van Dawen, Vorsitzender

Aktiv für Demokratie und Toleranz 2019 Noch Zeit für Bewerbungen beim Wettbewerb



Das von der Bundesregierung gegründete „Bündnis für Demokratie und Toleranz – gegen Extremismus und Gewalt“ (BfDT) teilt mit: „Mit dem bundesweiten Wettbewerb ‚Aktiv für Demokratie und Toleranz‘ 2019 suchen wir erfolgreiche übertragbare zivilgesellschaftliche Aktivitäten für eine lebendige und demokratische Gesellschaft.

Den Preisträgerinnen und Preisträgern winken Geldpreise von bis zu 5.000 Euro, eine verstärk-

te Präsenz in der Öffentlichkeit sowie ein Workshop-Angebot, welches die Interessen der Preisträgerprojekte aufgreift. Zum 19. Mal in Folge wollen wir so Einzelpersonen und Gruppen, die das Grundgesetz auf kreative Weise mit Leben füllen, für ihr Engagement würdigen. Gute Projekte sollen Schule machen und zum Nachahmen anregen!“

Einsendeschluss ist der 22.09.2019.

Weitere Informationen unter:
<http://www.buendnis-toleranz.de/arbeitsfelder/wuerdigung/aktiv-wettbewerb/>

Aufstehen gegen Antisemitismus - Haltung zeigen Jugendkulturpreis 2019

Das Netzwerk gegen Rechts im Oberbergischen Kreis teilt mit: „Was tust du, was tut Ihr gegen antisemitische Sprüche und Erscheinungsformen? Bewerbt Euch beim Jugendkulturpreis 2019 mit einem kulturellen Beitrag. Es ist leicht, sich zu Vorurteilen hinreißen zu lassen und antisemitische Äußerungen unreflektiert „nachzuplappern“. Schwer dagegen ist es, zu widerstehen und sich von antisemitischen Äußerungen Anderer abzugrenzen. Das erfordert eine klare Haltung. Wer eine klare Haltung entwickeln will, muss sich mit der Thematik auseinandersetzen. Was tust du, was tut Ihr gegen antisemitische Sprüche und Erscheinungsformen? Beschreibt mögliche Situationen, in denen Ihr schon wart oder die Ihr Euch vorstellen könnt. Stellt mit künstlerischen Mitteln dar, wie Ihr mit diesen umgeht. Die Umsetzung kann z.B. musikalisch, als Theaterstück, als Skulptur, Malerei oder

Zeichnung, literarisch – als Prosa oder Poetry, fotografisch oder filmisch erfolgen. Die Form des Beitrags ist frei wählbar.

Teilnehmen können Gruppen von Jugendlichen oder Einzelpersonen zwischen 12-21 Jahren aus dem Oberbergischen Kreis. Die Arbeiten werden von einer Jury bewertet. Die drei besten werden mit 500 € (1. Preis), 300 € (2. Preis) und 200 € (3. Preis) prämiert.

Einsendeschluss ist der 11. Oktober 2019.

Weitere Informationen:
<https://www.netzgegenrechts-oberberg.org/>



Keine Jeck es illejal T-Shirts für die Seenotrettung

Die Initiative „Keine Jeck es illejal“ teilt mit: „Damit die Crew der MOONBIRD einen Tag im Such- und Rettungsgebiet fliegen kann, werden 2.500 Euro benötigt! Unterstütze mit dem Kauf eines Soli T-Shirts den Einsatz von Seenotretter*innen! Tausende Menschen sterben Jahr für Jahr auf ihrer Flucht vor Krieg, der tödlichen Klimakatastrophe und Armut über das Mittelmeer. Menschen an der europäischen Grenze ertrinken zu lassen, um die Abschottung Europas weiter voranzubringen und politische Machtkämpfe auszutragen, ist unerträglich und spricht gegen jegliche Humanität. Kein Mensch

steigt freiwillig in ein Schlauchboot, um damit nach Europa zu kommen. Vielmehr ist es die verzweifelte Hoffnung auf ein elementares Menschenrecht - ein Leben in Sicherheit, Freiheit und Selbstbestimmtheit!

Die zivile Seenotrettung ist oft die letzte Rettung für diese hilflosen Menschen. Denn diese Sache ist nichts Geringeres als der Versuch, in Zeiten politischer Kälte Menschlichkeit zu bewahren.“

Weitere Informationen unter:
<https://www.keinejeckesillejal.org/>

Diskriminiert im Fitnessstudio Flyer der Kölner Beratungsstellen

Das AntiDiskriminierungsbüro Köln/ ÖgG e.V. und die Caritas-Servicestelle Antidiskriminierungsarbeit Köln möchten mit einem neuen Flyer Betroffene von (rassistischer) Diskriminierung besser erreichen und auf ihr Unterstützungsangebot aufmerksam machen: „In den letzten Jahren wurden beim ADB Köln/ ÖgG e.V. häufig Fälle von Diskriminierung durch Fitnessstudio-betreiber gemeldet. Dabei wurde scheinbar immer auf die gleiche Strategie zurückgegriffen. Die Ratsuchenden berichteten, dass Ihnen bei der Anmeldung mitgeteilt wurde, dass das Fitnessstudio zu voll sei und dass man sich zurzeit nicht anmelden könne. Manchen Ratsuchenden wurde geraten, sich woanders anzumelden, da es Monate dauern könne, bis sie sich anmelden könnten. Anderen wurde gesagt, dass sie auf eine Warteliste gesetzt werden. Die Nachricht, dass ein Platz frei wäre, erhielten die betroffenen Personen nicht.

Selten gelang es den Ratsuchenden noch ein Probetraining zu absolvieren oder sich anzumelden. Eine Vertragsklausel ermöglicht es den Fitnessstudiobetreibern aber, die betroffenen Personen innerhalb von zwei Wochen zu kündi-

gen. In Fällen wo es hierzu kam, wurde begründet, dass es ein Losverfahren wegen zu vielen Anmeldungen gäbe. In den beim ADB Köln gemeldeten Fällen, waren bisher immer als Türken, Muslime, Araber oder Geflüchtete gelesene Männer betroffen. Bekannt sind aber auch Fälle von Diskriminierung kopftuchtragender muslimischer Frauen Die betroffenen Personen kamen nur darauf, dass es sich um rassistische Diskriminierung handeln muss, weil sie bei ihrer Recherche über die Fitnessstudios auf andere Erfahrungsberichte stießen oder weil sie als Deutsche gelesene Freund_innen fragten, ob sie versuchen könnten sich anzumelden. Dies klappte in allen Fällen problemlos und eine Warteliste wurde in keinem Fall erwähnt.“

Der Flyer zum Download oder zum Bestellen in der Printversion unter: www.oegg.de



Zur alltäglichen Diskriminierung in Köln Jahresbericht 2018 der Caritas-Servicestelle Antidiskriminierungsarbeit Köln

Die Caritas Köln teilt mit: „Der aktuelle Jahresbericht macht deutlich, wie präsent Rassismus und Diskriminierung in Köln nach wie vor sind. In Hinblick auf die Antidiskriminierungsberatung fanden 2018 in 82 Fällen längerfristige Beratungsprozesse statt. Hinzu kamen in einem großen Umfang Kurzberatungen von Ratsuchenden durch Kolleg*innen im Rahmen von persönlichen, telefonischen oder per Mail übermittelten Anfragen. Die Diskriminierungserfahrungen sind in folgende Bereiche aufgeteilt:

32% öffentlicher/nicht-öffentlicher Wohnbereich: z.B. mangelhafte Unterbringungssituation von geflüchteten Personen in den Notunterkünften und Diskriminierung von Mitarbeitenden vor Ort, Diskriminierungen im privaten Wohnbereich durch Mieter*innen oder direkter Nachbarschaft

24% Bildungsbereich: z.B. Diskriminierung durch Lehrkräfte, Diskriminierung und Mobbing unter den Schüler*innen, Empfehlungsschreiben für weiterführende Schulen und Nichtzuweisung von Kindern/Jugendlichen in das Kölner Schulsystem

18% Dienstleistungen: z.B. Diskriminierungen durch Mitarbeitende in Immobilienbüros, Wachdiensten, Mietervereinen und/oder Rechtsanwaltskanzleien, bei der DB und KVB, in Notfallambulanzen und Krankenhäusern, in Supermärkten

11% Ämter/Behörden: z.B. Diskriminierung durch Mitarbeitende der Wohnversorgungsbedriebe, des Ausländeramtes oder Jobcenters

7% Arbeitsbereich: z.B. Diskriminierung und Mobbing durch Vorgesetzte oder Kolleg*innen

7% Polizei: z.B. Diskriminierung bei Polizeieinsätzen im Stadtbereich, in Wohnunterkünften und im privaten Wohnbereich geschildert. [...]

Um Unsicherheiten entgegen zu wirken bzw. Wissenslücken zu schließen, finden die Leser*innen in dieser Ausgabe des Jahresberichtes 2018 ein Glossar, der ihnen Impulse für einen diskriminierungssensiblen Sprachgebrauch geben kann.“

Der Jahresbericht zum Download unter: <http://bit.ly/2YZ0fia>

Neu erschienen: Kölner Beratungslandschaft 2.1. Übersicht der vielfältigen Beratungsangebote für Flüchtlinge



Der Kölner Flüchtlingsrat teilt mit: „Beim Erstkontakt mit einer Beratungsstelle haben Multiplikator*innen aufgrund des direkten Kontakts zu Geflüchteten eine besonders wichtige Rolle. Deshalb wurde die Kölner Beratungslandschaft im Rahmen der Kooperationsprojekte zwischen Kölner Flüchtlingsrat e.V. und Kölner Freiwilligen Agentur e.V. erstellt. Die Übersicht dient seit Jahren als Handrei-

chung für Engagierte und Multiplikator*innen in der Flüchtlingsarbeit. Jetzt wurde das Dokument grundlegend aktualisiert, neu gestaltet und um zahlreiche Institutionen sowie relevante Beratungsthemen erweitert.

Multiplikator*innen und Freiwillige können sich mit Fragen oder Bedarfen rund ums Engagement auch jederzeit an beide Institutionen wenden, Kontaktdaten finden Sie in der Veröffentlichung.“

Die Übersicht zum Download unter:
<https://koelnerfluechtlingsrat.de/>

Internationalen Wochen gegen Rassismus Umfangreiche Dokumentation

Die Stiftung gegen Rassismus teilt mit: „Auch dieses Jahr gibt es wieder eine umfangreiche Dokumentation über die Internationalen Wochen gegen Rassismus 2019. Neben einer statistischen Auswertung werden eine Auswahl an Aktionen und Veranstaltungen vorgestellt. Insgesamt wurden der Stiftung über 1.850 Veranstaltungen gemeldet – so viele wie noch nie. Zusätzlich zu den Veranstaltungen widmeten sich ca. 1.700 Freitagsgebete in Moscheen dem

Thema Rassismus und zehn jüdische Personen hielten eine kurze Ansprache. Des Weiteren wurde eine neue Broschüre zum Projekt „Prominent gegen Rassismus“ herausgegeben. Sie enthält Informationen zur vielfältigen Beteiligung anerkannter Persönlichkeiten bei Veranstaltungen gegen Rassismus.“

Weitere Informationen und die Veröffentlichungen zum Download:
<https://stiftung-gegen-rassismus.de/>

Neutral gegenüber rassistischen und rechtsextremen Positionen? Broschüre zum Neutralitätsgebot in der Bildung

Das Deutsche Institut für Menschenrechte teilt mit: „Rassismus und Rechtsextremismus kritisch zu thematisieren, ist ein wichtiger Bestandteil des staatlichen Bildungsauftrags und menschenrechtlich geboten. Die Analyse geht der Frage nach, in welcher Weise Lehrkräfte im Schulunterricht oder Akteure der außerschulischen Bildung dabei auch rassistische und rechtsextreme Positionen von Parteien thematisieren dürfen. Das Ergebnis: Das parteipolitische Neutralitätsgebot des Staates und das Recht der Parteien auf Chancengleichheit im politischen Wettbewerb (Art. 21 GG) steht dem nicht entgegen, solange die Thematisierung sachlich erfolgt.

Diese rechtlichen Fragen stellen sich verstärkt, seit die Partei AfD in einigen Bundesländern die gegen Lehrer_innen gerichtete Aktion 'Neutrale Schule' gestartet hat. Zudem stellt die Partei von der Bundesregierung und Landeregierungen aufgelegte Programme zur Demokratieförderung infrage und setzt dabei Akteure unter Druck, die sich im Bereich der außerschulischen Bildung kritisch mit Rassismus und Rechtsextremismus auseinandersetzen.“

Die Publikation „Das Neutralitätsgebot in der Bildung. Neutral gegenüber rassistischen und rechtsextremen Positionen von Parteien?“ zum **Download** und als Printversion zum Bestellen unter: www.institut-fuer-menschenrechte.de/

Jenseits des Bermuda-Dreiecks Broschüre zu Verschwörungstheorien

Der AK Ruhr teilt mit: „Obwohl es immer schon Verschwörungstheorien gab, ermöglicht das Internet mit seiner Fülle an Informationen heute eine beispiellose Verbreitung dieser. Es ist daher nicht weiter verwunderlich, dass Verschwörungstheorien zunehmend zu einem gesellschaftlichen Problem werden. Grund genug also, diese vielschichtige Thematik in einer 56-seitigen Broschüre von Expert*innen beleuchten zu lassen: Was sind Verschwörungstheorien eigentlich und warum glauben Menschen überhaupt an solche? Welche Rollen spielen Verschwörungstheorien in den Nachrichten und der Politik? Und wie können Akteur*innen der politischen Jugendbildungsarbeit dieser Problematik am besten begegnen, ohne sich selbst in geheimen Komplotten und bizarren Erklärungsversuche zu verlieren.

Zu Beginn der Broschüre beantwortet zunächst der Psychologie Sebastian Bartoschek eine grundlegende Frage: Wieso glauben Menschen an Verschwörungstheorien? Wichtig ist dabei seine Erkenntnis, dass Verschwörungstheoretiker*innen keinesfalls durchweg psychische Störungen attestiert werden können. Im Gegenteil, der Glaube an Verschwörungstheorien wird von der evolutionär vorteilhaften Tendenz zur Mustererkennung, der Suche nach Informationen, die das eigene Weltbild bestärken, und dem Streben nach Selbstwirksamkeit begünstigt.

Ob auch die Planung einer Überraschungsparty schon eine Verschwörungstheorie sein kann, erklärt Dr. Marius Raab im Beitrag Wie kann man Verschwörungstheorien definieren? Während Verschwörungstheorien inhaltlich nicht unterschiedlicher sein könnten, eint sie die 'begründete Annahme, dass ein wichtiges Ereignis von einer Gruppe von Menschen herbeigeführt wurde, die im Verborgenen arbeitet.' Weitere typische Merkmale sind beispielsweise Unwiderlegbarkeit, Macht der Verschwörer*innen und fehlendes Vertrauen in Kontrollinstanzen. Irrelevant ist für die Definition von Verschwörungstheorien hingegen, ob sie wahr oder falsch ist.

Von Chemtrails bis hin zu 9/11 gibt Florian Hessel, Mitgründer des Bildungsvereins zur Antisemitismusprävention und Demokratieförderung Bagrut e.V., einen Überblick über Verschwörungsideologien, die man kennen sollte. Exemplarisch erklärt er zwei der ältesten Verschwörungstheorien, nämlich die Freimaurer/Illuminaten und die jüdische Weltverschwörung. Auch anhand aktueller Beispiele zeichnet er die Entwicklung und die Merkmale bedeutender Verschwörungstheorien nach.

Die Gründerin der Organisation 'Der Goldene Aluhut', Giulia Silberberger, schreibt in ihrem Beitrag Verschwörungstheorien im Newszyklus von der Bedeutung des Internets und der sozialen Medien für die Verbreitung von Verschwörungstheorien. Am Beispiel des Germanwings Flug, der 2015 in Frankreich zerschellte, erklärt sie, wie sich Verschwörungstheorien oft noch während der laufenden Berichterstattung bilden.

Wie Verschwörungstheorien als politisches Instrument genutzt werden können, erklärt Marat Trusov. Die katholische Inquisition und der Nationalsozialismus sind Beispiele dafür, dass Verschwörungstheorien mit ihren Feindbildern als Machtinstrument genutzt wurden. Doch auch in neuen demokratischen Staaten finden Verschwörungstheorien ihren zweifelhaften Platz. Heutzutage sind es in Deutschland allerdings eher Randgruppen und Minderheiten, deren Theorien sich auf die Regierung und Machthabende beziehen. Insbesondere die Verwendung von Verschwörungstheorien durch rechte Parteien und Gruppen zur Überzeugung potenzieller Wähler*innen wird in diesem Beitrag dargestellt.

Aufbauend auf den vorherigen Beitrag berichtet Jan Rathje von der Rolle Verschwörungstheorien in rechtsextremen Milieus: Verschwörung gegen die 'natürliche' Ordnung. Dabei erklärt er ausgehend von der Säkularisierung und dem Zusammenbruch der feudalen Gesellschaft das Erstarken antisemitischer Verschwörungstheorien und deren Bedeutung in extrem rechten Milieus vom Nationalsozialismus bis heute.

Dass Verschwörungstheorien nicht nur (politisch) relevant, sondern weit verbreitet sind, macht den Handlungsbedarf deutlich. Ruth Fischer, Jan Harig und Malte Holler stellen daher Bildungsmaterial zur Auseinandersetzung mit (antisemitischen) Verschwörungsideologien vor. Konkret geht es um die Auseinandersetzung mit Wirk- und Funktionsweisen von Verschwörungstheorien (statt inhaltlichen Diskussionen) und der Stärkung von Widerspruchstoleranz.

Weitere Ansätze zum Umgang mit Verschwörungstheorien in der Jugendbildung zeigt auch Christoph Grotepass von Sekten-Info NRW in seinem Einblicke in die Praxis: Verschwörungstheorien aus beratender Sicht auf.“

Die Broschüre als pdf zum Download:

http://www.ak-ruhr.org/wp-content/uploads/2019/06/ AK_Ruhr_Verschwoerungstheorien.pdf

Was blüht dem Dorf?

Sammelband zur Demokratieentwicklung auf dem Land



Der Bundesverband Mobile Beratung teilt mit: „In ländlichen Räumen werden an die Auseinandersetzung mit Rechtsextremismus und menschenfeindlichen Einstellungen spezifische Herausforderungen gestellt. Die öffentlichen Infrastrukturen sind hier anders ausgeprägt als in Städten. Das schafft Freiräume, fordert aber auch verstärkt individuelles Engagement.

Der Bundesverband Mobile Beratung hat gemeinsam mit der Bundeszentrale für politische Bildung deshalb im Herbst 2018 mit der Tagung 'Was blüht dem Dorf? Impulse zur Demokratiestärkung auf dem Land' zahlreiche Menschen aus Theorie und Praxis eingeladen, um gemeinsam über die Demokratiestärkung auf dem Land zu beraten. Der Kongress brachte in einzigartiger Weise Menschen zusammen – jenseits vom oft dominierenden Denken in Verwaltungsstrukturen, Förderlogiken oder politischen Präferenzen. Sie verband den Wunsch sich auszutauschen, neue Impulse zu bekommen und zu erfahren, wie Demokratieentwicklung auf dem Land gelingen kann. Die Impulse der Konferenz werden in der vorliegenden Publikation fachlich reflektiert, mit gelungenen Beispielen unterlegt und zu einer Darstellung der Profession der Mobilien Beratung auf dem Lande verdichtet.

Zunächst ordnet der Band aus wissenschaftlicher Sicht die speziellen Herausforderungen ländlicher Regionen ein. Demographischer Wandel und Infrastrukturentwicklung sind genauso Themen wie die soziokulturelle Dimension von Wachstum und Schrumpfung auf dem Lande. Nicht nur die Zuwanderung nach Deutschland wird betrachtet, sondern ebenso die innerdeutsche Migration.

Im zweiten Abschnitt finden sich gelungene Beispiele aus der Praxis. Hier geht es ganz konkret etwa um den Mehrwert von Dorfläden für eine Gemeinde und um politische Bildung in ländlichen

Regionen, um Chancen durch Migration und um mutige, engagierte Kommunalpolitiker*innen.

Der dritte Teil der Publikation behandelt Perspektiven der Demokratieförderung in ländlichen Regionen – also das, was für eine positive Entwicklung notwendig ist. Dazu gehört die politisch-planerische und sozial-topografische Sicht genauso wie die migrantische und postmigrantische Perspektive. Last but not least schließt die Publikation mit einem Blick auf die Mobile Beratung selbst, die mit all diesen Engagierten und Gruppen und in vielfältigen Problemlagen arbeitet.

Wenn Mobile Beratung gelingt, wenn irgendwo Demokratie und Menschenrechte gestärkt werden, dann gehört dieser Erfolg nie den Berater*innen, sondern immer den Menschen vor Ort. Deshalb ist der Bundesverband Mobile Beratung ganz besonders froh, dass sowohl die Konferenz wie auch diese Publikation Kommunalpolitiker*innen, Vereine und Bündnisse, politischen Bildner*innen, Menschen aus Bildungsarbeit, aus Behörden und Verwaltungen, aus Kirchengemeinden, Sport, von den Landeskoordinierungsstellen, Migrant*innenorganisationen und Wissenschaft versammelt hat. Ihre vielfältigen Perspektiven geben kaleidoskopartig Antwort(en) auf die Frage 'Was blüht dem Dorf?'

Die Publikation ist ab sofort **bestellbar** unter: kontakt@bundesverband-mobile-beratung.de

Die PDF-Version der Veröffentlichung ist hier abrufbar: <http://www.bundesverband-mobile-beratung.de/2019/07/12/sammelband-was-bluht-dem-dorf-erschieden/>

Neu in der Bibliothek

Demokratie in Gefahr

Nicht erst seit die AfD im Europaparlament sowie im Bundestag und auch in den Landtagen vertreten ist, wird über ihre Programmatik in der Gesellschaft heftig diskutiert. Diese Debatte ist jedoch lauter und drängender geworden: „Im 70. Jahr seines Bestehens wird das Grundgesetz wie wohl noch nie von innen angegriffen“, so wird zumindest gleich zu Beginn der vorliegenden Veröffentlichung konstatiert.

Wie kann einer Partei, in deren Reihen es immer wieder rassistische, sexistische und antisemitische Kommentare gibt, begegnet werden? Wie können Organisationen, Lehrkräfte und Einzelpersonen auf menschenfeindliche Einstellungen und Angriffe reagieren? Wie können wir als Teil der Gesellschaft unsere Demokratie schützen? Um die Beantwortung dieser Fragen geht es in der neuen Broschüre der Amadeu Antonio Stiftung „Demokratie in Gefahr. Handlungsempfehlungen zum Umgang mit der AfD“, die im August 2019 erschienen ist.

Ausgehend von der Geschichte ihrer Entwicklung und Etablierung wird die AfD im ersten Teil auf Grundlage von ihren Positionen und Äußerungen ihrer Protagonist/innen als demokratiefeindliche Partei verortet, die ein völkisch-nationalistisches Weltbild in der Öffentlichkeit verankern wolle. Um ihren Erfolg zu erklären, wird im zweiten Teil ausführlich über ihre Kommunikationsstrategie online wie offline berichtet: Wie in jedem Kapitel werden erst die Positionen analysiert, dann die Absichten und Methoden dargestellt und schließlich werden Handlungsempfehlungen formuliert.

In der Broschüre werden sowohl das eher heterische Auftreten von Mitgliedern der AfD wie auch das „seriöse“ Agieren in den Parlamenten beleuchtet. Dabei werden die Standpunkte von Politiker*innen verschiedener demokratischer Fraktionen über die Frage nach dem richtigen Umgang mit ihr im Plenarsaal dargestellt. Zur besseren Übersicht werden viele Aspekte in der Broschüre mit einer Vielzahl an Infografiken visualisiert – beispielsweise zur Frage „Mit Rechtsradikalen debattieren?“.

Leser/innen finden Vorschläge zu angemessenen Reaktionen auf Angriffe der AfD auf Zivilgesellschaft, Gleichstellungspolitik, Erinnerungskultur, Kinder- und Jugendarbeit, den pluralistischen Schulalltag sowie die Kunstfreiheit. Neben den immer wieder aus allgemeinen Maximen entstandenen und schließlich konkret for-

mulierten Handlungsempfehlungen sind besonders die Analyse zur antifeministischen Einstellung der AfD, ein Interview zu ihrer Erinnerungspolitik, die häufig vergessenen Auswirkungen vielfaltsfeindlicher Positionen auf den Kulturbetrieb und die Ausführungen zum Beutelsbacher Konsenses spannend: Als Ergebnis der verschiedenen Analysen wird immer wieder betont: „Neutral bedeutet nicht, den Feinden der Demokratie und der offenen Gesellschaft das Feld zu überlassen. Demokrat*innen müssten sich vernetzen, klar gegen Hass und für die eignen Werte positionieren und Solidarität zeigen.“

Insgesamt ist die Broschüre ein guter Einstieg, um sich mit der Frage auseinanderzusetzen „Wie gehen wir mit der AfD um, ohne Teil ihrer Inszenierungsmanöver zu werden – und wie schützen wir uns vor den Konsequenzen der Kritik an einer Partei, die nicht den Dialog sucht, sondern ihren Kritikern mit Hass und Gewalt begegnet?“ Dabei werden diverse Themenbereiche abgedeckt und die Handlungsempfehlungen so konkret wie möglich formuliert – ein Unterfangen, was nicht immer gelingt und die Problematiken, die in der Konfrontation mit Rechtsextremisten bereits bekannt sind, nicht lösen kann.

Wer eine tiefgehende Analyse statt eines Überblicks zu den Themen der Entwicklung der AfD, ihren antifeministischen Positionen oder den personellen Überschneidungen mit der extremen Rechten will, muss auf weitere Literatur zurückgreifen. Wer sich einen abwechslungsreich gestalteten und mit Beispielen gefütterten Gesamtüberblick verschaffen will, wird in der Broschüre fündig. Das gilt auch für diejenigen, die einen Ausgangspunkt für Ideen und Debatten zum Umgang mit der AfD in eigenen zivilgesellschaftlichen Organisationen, Kinder- und Jugendeinrichtungen oder der Schule suchen.
Eliška Bertelsmann

Demokratie in Gefahr. Handlungsempfehlungen zum Umgang mit der AfD. Herausgegeben von der Amadeu Antonio Stiftung

76 Seiten
ISBN: 978-3-940878-42-7

Die Broschüre steht in der Materialsammlung der Bibliothek des NS-Dokumentationszentrum zur Ansicht zur Verfügung oder als pdf zum Download unter: <https://www.amadeu-antonio-stiftung.de>

Am rechten Rand

Mini-Demo gegen Moschee in Leverkusen-Manfort

Nachdem Markus Beisicht über sein neues Projekt „Aufbruch Leverkusen“ wochenlang intensiv Werbung für eine Demonstration gegen ein Moschee-Bauprojekt betrieben hatte, bot sich am 29. Juni am Ort der Auftaktkundgebung in Leverkusen-Manfort ein klägliches Bild von ca. 25 Personen. 200 Teilnehmende hatte Beisicht stets vollmundig bei der Polizei angemeldet. Unter dem Motto „Nein zur Protzmoschee in Manfort!“ zog der kleine Tross in Richtung Poststraße, wo das Grundstück für den Neubau einer Moschee mitsamt Gemeindezentrum liegt. Neben mehreren Redebeiträgen von Markus Beisicht sprachen Edwin Wagensveld (Pegida Niederlande) sowie der kommissarische Vorsitzende der Kleinstpartei „Aufbruch deutscher Patrioten“ Benjamin Przybylla aus Sachsen. Zwischendurch meldete sich außerdem spontan

ein Manforter Demonstrationsteilnehmer zu Wort, der zur Wutrede gegen Wagensveld ansetzte und von Beisicht nur schwer gebremst werden konnte. Die erste von „Aufbruch Leverkusen“ organisierte Demonstration knüpfte zusammenfassend sowohl inhaltlich als auch was die Teilnehmendenzahl im niedrigen zweistelligen Bereich betrifft an die letzten „pro NRW“-Auftritte unter Beisicht an.

Zum Protest gegen Beisicht und Co. hatte u.a. das Bündnis „Lev ist bunt“ aufgerufen. Unter dem Motto „Nein zu Hass und Hetze – Ja zu Offenheit und Vielfalt“ kamen 400 Menschen zur Gegenkundgebung und setzten ein deutliches Zeichen gegen Rassismus und Diskriminierung sowie für eine offene Gesellschaft in Leverkusen. (kl)

Bombendrohung gegen Moschee in Köln

Am 9. Juli ging eine Drohmail in der DITIB-Zentralmoschee in Köln-Ehrenfeld ein. In dem Schreiben wurde mit einer Autobombe vor dem Haupteingang der Moschee an der Venloer Straße gedroht. Unterschrieben war die E-Mail mit „Volksfront“. Möglicherweise deutet dies auf einen neonazistischen Hintergrund, bislang wurden jedoch noch keine Ermittlungsergebnisse bekannt gegeben. Der Komplex wurde von der Polizei weiträumig abgesperrt und mit zahl-

reichen Einsatzkräften sowie Spürhunden nach verdächtigen Gegenständen durchsucht, ehe man Entwarnung gab. „Wir erleben immer öfter Übergriffe auf Moscheen in Deutschland“ sagte DITIB-Sprecher Zekeriya Altuğ gegenüber dem Express, und „wir fühlen uns stark bedroht.“ Nur zwei Tage nach der Drohmail gegen die Zentralmoschee in Köln ging auch bei einer Moschee in Iserlohn eine Bombendrohung ein. Auch dort wurde kein Sprengsatz gefunden. (kl)

Holocaustleugner Reza Begi in Dresden festgenommen

Der Antisemit und Holocaustleugner Reza Begi ist am 15. Juli bei Pegida in Dresden aufgetreten, sprach dort erneut vom „Bombenholocaust von Dresden und Gaza-Stadt“ und wurde anschließend von der Polizei vorläufig festgenommen. Begi ist in NRW kein Unbekannter: 2015 war er mit dem mittlerweile verstorbenen Walter Herrmann im Rahmen der „Kölner Klagemauer“ in Erscheinung getreten. Im September 2018 tauchte er am Rande einer „Begleitschutz“-Kundgebung in Köln auf und im Mai dieses Jahres nahm er an einer Kundgebung von Die

Rechte in Dortmund teil. Begi leugnete in den letzten Wochen und Monaten wiederholt und ausdrücklich den Holocaust – auch und vor allem in sozialen Netzwerken. Bereits im August 2018 leitete die Staatsanwaltschaft Köln ein Strafverfahren wegen Volksverhetzung gegen Begi ein, das jedoch vorläufig eingestellt werden musste, weil der iranischstämmige Begi keinen Wohnsitz mehr in Deutschland hatte und sich offensichtlich im Iran aufhielt. Nun haben auch die Ermittlungsbehörden in Dresden ein Verfahren gegen Begi eingeleitet. (kl)

Jüdischer Friedhof in Gangelt geschändet

Wie unter anderen die Aachener Nachrichten am 16. Juli berichteten, wurde der jüdische Friedhof in Gangelt (Kreis Heinsberg) geschändet. Von den insgesamt 31 Grabsteinen wurden bis auf zwei alle Grabsteine umgeworfen oder mit Nazi-Symbolen beschmiert. Auch im Umfeld des Friedhofs wurden neonazistische Parolen entdeckt, etwa ein Aufkleber mit dem Slogan

„Nazi-Zone“ am Eingang des jüdischen Friedhofs. Der Staatsschutz Aachen nahm die Ermittlungen auf. Der Vorfall war nicht der erste dieser Art in der Kleinstadt nördlich von Aachen direkt an der deutsch-niederländischen Grenze: Bereits im Mai 2010 wurde der gleiche jüdische Friedhof auf ähnliche Weise geschändet. (kl)

Die Rechte Rhein-Erft in Kassel und Dortmund

Der Kreisverband Rhein-Erft von Die Rechte beteiligte sich am 20. Juli an einer Demonstration in Kassel, die der hessische Landesverband der extrem rechten Partei organisierte. Knapp zwei Monate nach dem Mord an Kassels Regierungspräsident Walter Lübcke kam es in der nordhessischen Stadt zu einem Aufmarsch unter dem Motto "Gegen Pressehetze, Verleumdung und Maulkorbphantasien". Ca. 120 Neonazis beteiligten sich an der Demonstration, die meisten unter ihnen waren aus den benachbarten Bundesländern Rheinland-Pfalz und Nordrhein-Westfalen angereist. Versammlungsleiter war der ehemalige Bundesvorsitzende Christian Worch. Vor der Auftaktkundgebung wurde ein Teilnehmer aufgrund der Verwendung von Kennzeichen verfassungswidriger Organisationen festgenommen. Im Vorfeld der Demonstration kam es zu einem Verbot durch die Stadt Kassel, welches jedoch vom Verwaltungsgericht Kassel aufgehoben wurde. An den Protesten

gegen den Neonazi-Aufzug beteiligten sich ca. 12.000 Menschen.

Sieben Jahre nach dem Verbot von drei neonazistischen Kameradschaften in Dortmund, Aachen und Hamm durch den damaligen NRW-Innenminister Jäger fand in Dortmund eine Kundgebung gegen die Verbote von 2012 statt, an der ca. 70 Personen aus dem Umfeld von Die Rechte teilnahmen. Zahlreiche Personen trugen gelbe T-Shirts mit der Aufschrift „Weg mit dem NWDO-Verbot!“. Der „Nationale Widerstand Dortmund“ war eine der 2012 aufgelösten Kameradschaftsstrukturen und ging nach dem Verbot weitgehend im Kreisverband Dortmund von Die Rechte auf. Ähnliche Entwicklungen waren auch im Aachener Land sowie in Hamm zu beobachten, wo die „Kameradschaft Aachener Land“ sowie die „Kameradschaft Hamm“ jeweils in den Kreisverbänden Heinsberg/Aachen sowie Hamm aufgingen. (kl)

„Widerstand steigt auf“ in Köln

Die identitäre Kleinstgruppe „Widerstand steigt auf“ veranstaltet weiterhin ihre „Infotische“ zum Thema „Freie Medien“. Am 6. Juli war man auf dem Laurenzplatz in Köln präsent, u.a. mit einem Transparent „#FreeTommy“. Tommy Robinson ist ein Aktivist der extrem rechten und islamfeindlichen Szene in Großbritannien und verbüßt aktuell eine Haftstrafe. Am 12. Juli erschien man vor dem Bundesamt für Verfassungsschutz in Köln-Chorweiler und initiierte dort nach eigener Aussage eine „identitäre Zone“. Diese bestand im Wesentlichen aus zwei vor dem Bundesamt aufgestellten Campingstühlen, in denen die beiden Hauptprotagonist_innen Ulrike Haun und Volker Fervers saßen und Zettel wie „Solidarität mit der IB“ und „Heimatliebe ist kein Verbrechen!“ in die Kamera hielten. Am

20. Juli folgte ein weiterer „Infostand“ in der Kölner Innenstadt (Günter-Wand-Platz). Dieses Mal ging es hauptsächlich um Michael Stürzenberger, den ehemaligen Vorsitzenden der Kleinstpartei „Die Freiheit“, der regelmäßig für den islamfeindlichen Blog „PI-News“ schreibt und sich fast ebenso regelmäßig für seine Aktivitäten vor deutschen Gerichten zu verantworten hat. Am 1. August brachte „Widerstand steigt auf“ Schilder mit der Aufschrift „Achtung! Merkels Gäste schubsen.“ am Bahnhof Köln-Ehrenfeld an und nahm damit unzweideutig Bezug auf die bundesweit bekannt gewordene Tat am Frankfurter Hauptbahnhof wenige Tage zuvor, bei der ein achtjähriger Junge zu Tode kam. Am 17. August folgte ein weiterer „Infostand“ am Wallrafplatz in Köln. (kl)

Roger Beckamp (AfD) stellt extrem rechten Referenten ein

Der Kölner NRW-Landtagsabgeordnete der AfD verkündete am 21. Juli über seinen Twitter-Account, dass Markus Wiener nunmehr als Referent für ihn arbeite. Wiener gehörte zu den wichtigsten Protagonisten der „pro-Bewegung“: Er war stellvertretender Vorsitzender der „Bürgerbewegung pro Köln“ und wissenschaftlicher Mitarbeiter der „pro Köln“-Ratsfraktion. Auch bei „pro NRW“ war Wiener stellvertretender Vorsitzender. Im Zuge der Zerwürfnisse zwischen „pro Deutschland“ und „pro NRW“ verließ Wiener „pro NRW“ und übernahm den Vorsitz des NRW-Landesverbandes von „pro Deutschland“. Alle „pro“-Formationen haben sich in den letzten Jahren aufgelöst. Markus Wiener verfügt heute noch genau wie seine Ehefrau Judith Wolter über ein Mandat im Kölner Stadtrat. 2014 kam „pro Köln“ bei der Kommunalwahl in Köln auf

2,6% der Stimmen und erreichte somit zwei Sitze im Kölner Stadtrat. Nach der Auflösung von „pro Köln“ im vergangenen Jahr bildeten Wiener und Wolter als Parteilose die Ratsgruppe „Rot-Weiß“. Im Dezember 2014 verurteilte das Landgericht Köln Wiener zu einer Geldstrafe wegen Betruges. Wiener und zwei weitere „pro Köln“-Funktionäre hatten Sitzungen der Stadtratsfraktion fingiert und dafür unerlaubterweise öffentliche Gelder erhalten. Alle „pro“-Formationen sind auf der Unvereinbarkeitsliste zur Mitgliedschaft der AfD aufgeführt. Gegenüber dem Spiegel erklärte Beckamp, dass Wiener kein AfD-Mitglied sei und demnach seine Mitarbeit für einen AfD-Abgeordneten keinen Verstoß gegen die Unvereinbarkeitsliste darstelle. (kl)

Rassistische „Mahnwache“ in Köln



Den Mord an einem achtjährigen Jungen am Frankfurter Hauptbahnhof nutzen viele rechte Gruppierungen zur Initiierung rassistischer Kampagnen – so auch in Köln. Für den zweiten August 2019 riefen zwei Personen aus dem Umfeld des rechten „Begleitschutz Köln“ zu einer Mahnwache auf. Der Initiator der Veranstaltung, die ursprünglich als „Trauermarsch“ geplant war, war bereits durch seine Aktivitäten bei der Facebook-Gruppe einer rechten Bürgerwehr bekannt, die bei sogenannten „Altstadtspaziergängen“ nach der Silvesternacht 2015/16

Jagd auf Migrant*innen gemacht hatte. Wie wenig es bei der Mahnwache um Anteilnahme und Trauer ging, zeigte bereits das Aufruf-Video. Darin wimmelte es von wüsten Beschimpfungen gegen die „Wichser von der Antifa“, gegen „linkes Dreckspack“ und den „linksfaschistischen Staat“ der die „Rechten“ fertigmachen will...“. Zwischenzeitlich hatte auch die Kölner NPD zur Teilnahme aufgerufen. 200 Personen fanden sich schließlich auf dem Bahnhofsvorplatz ein. Unter ihnen befanden sich die üblichen AktivistInnen des „Begleitschutz Köln/Internationale Kölsche Mitte“ mit besten Verbindungen in die extrem rechte Szene. Ebenso anwesend war der Kopf der extrem rechten „Bruderschaft Deutschland“ aus Düsseldorf, der am 17.11.2018 bei einer Demonstration der „Patrioten NRW“ in Düsseldorf GegendemonstrantInnen angegriffen und verletzt hatte. An der von „Köln gegen Rechts“ organisierten Gegenkundgebung unter dem Motto „Nein zu Hetze und Heuchelei! – Für Solidarität und Anteilnahme“ beteiligten sich 350 Menschen. Verschiedene RednerInnen distanzieren sich von dem Versuch der Rechten, die Tat von Frankfurt rassistisch zu instrumentalisieren. (jcc)

Kölner Neonazi verstorben

Mitte August ist Paul Breuer, der jahrelang die militante Szene in Köln und im Rheinland mitgeprägt hatte, im Alter von 47 Jahren verstorben. Zusammen mit Axel Reitz gehörte er zu den Gründungsmitgliedern der „Kameradschaft Walter Spangenberg“, dessen Name sich einen Kölner SA-Mann bezieht, der 1933 im Straßenkampf mit Kommunisten umgekommen und von der NSDAP zum „Märtyrer der Bewegung“ erklärt worden war. An ihre historischen Vorbilder anknüpfend präsentierten sich die Kölner Neonazis im Braunhemd oder führten Heldengedenken durch. Zudem organisierten sie etliche Aufmärsche in der Domstadt. Bereits 1999 gehörte Breuer zu den Organisatoren der Demonstration gegen die „Wehrmachtausstellung“ in Köln, bei der damals noch die NPD als offizieller Anmeldefungiert hatte.

Die Kameradschaft Köln war weitestgehend deckungsgleich mit den lokalen Strukturen des neonazistischen „Kampfbundes Deutscher Sozialisten“, in der Breuer sich ebenfalls betätigte. Breuer agierte vornehmlich als Adlatus des „Kameradschaftsführers“ Reitz und inszenierte sich dabei als ideologisch Überzeugter, der in der Bekämpfung der als „Feinde“ wahrgenommenen Menschen gerne auch selbst Hand anlegte. 2006 kam Breuer wegen Körperverletzung in Haft. Es sollten nicht der letzte Gefängnisauf-

enthalt werden: Von den Hausdurchsuchungen und Verhaftungen im März 2012, die sich gegen die neonazistische Gruppierung „Aktionsbüro Mittelrhein“ richteten, waren auch Reitz und Breuer betroffen. Reitz wurde im Mai 2012 vorzeitig aus der U-Haft entlassen. Breuer, dem im Prozess gegen das AB Mittelrhein u.a. auch die Beteiligung an einem Angriff auf ein linkes Kulturzentrum in Dresden vorgeworfen wurde, blieb noch länger in Haft. 2012 wurde die Kölner Kameradschaft (die auch als „Freie Nationalisten Köln“ auftraten) durch den Innenminister verboten, wenige Monate später folgte das Verbot weiterer Kameradschaften in NRW. Deren Aktivist/innen sammelten sich in der Partei „Die Rechte“. Diesen Weg ging auch Paul Breuer, eine Führungsrolle nahm er jedoch nicht ein. Zusammen mit Jan Fartas war Breuer in der Minigruppe „Köln für deutschen Sozialismus“ präsent. Allerdings können die Versuche, politisch wirksame Aktionen zu organisieren, als gescheitert betrachtet werden. Seit 2017 wurde Breuer sceneintern isoliert, er galt vielen als „asozial“ und unzuverlässig. Selbst in dem Nachruf von „Die Rechte“, die ansonsten den „nationalen Sozialisten“ Breuer würdigt, wird ihm ein „Hang zu merkwürdigen ‚Verschwörungen‘ bescheinigt, die er „immer wieder an prominenter Stelle in sozialen Netzwerken propagiert“ habe. (kg)

Holocaust-Leugnung in Bonn

Wie der Bonner General-Anzeiger am 20. August berichtete, wurden am Tag zuvor Graffiti mit extrem rechten Botschaften an der Jahn-schule in Bonn-Auerberg entdeckt. Unter ande-

rem war an einer Hauswand der Link zu einer Internetseite zu sehen, die den Holocaust leugnet. Die Bonner Polizei bestätigte diesen Verdacht und nahm die Ermittlungen auf. (kl)

Antisemitismus-Verdacht gegen Kölner Polizisten

Der Kölner Stadt-Anzeiger berichtete am 23. August, dass ein Kölner Polizeibeamter mutmaßlich volksverhetzende Inhalte mit seinem Handy verschickt hat. Der Bezirksdienstbeamte soll demnach über den Messengerdienst WhatsApp ein Foto von Adolf Hitler sowie einen jüdenfeindlichen Spruch mit Bezug zum Holocaust verbreitet haben.

Der Vorfall wurde zufällig durch die Polizei Bonn bekannt, die das Handy des Beamten in einem anderen Verfahren durchsuchte. Der Kölner

Polizei-Präsident Uwe Jacob reagierte umgehend auf den Vorfall, leitete die Suspendierung des Mitarbeiters ein und stellte klar: „Wir dulden keinen Rassismus in unseren Reihen.“ Auch der Kölner Stadt-Anzeiger titelte „Rassismus-Verdacht gegen Polizisten“, wenngleich es sich augenscheinlich um einen Fall von Antisemitismus sowie Verherrlichung des Nationalsozialismus handelt. Dem Polizeibeamten droht nun ein Strafverfahren wegen der Verwendung von Kennzeichen verfassungswidriger Organisationen. (kl)

Vor Gericht: Neonazi-Forum aus Köln

Vor dem Landgericht Köln hat am 26. August ein Prozess gegen die Betreiber des Internet-Forums „Nationale Revolution“. Verhandelt wird gegen drei Männer aus Köln, Paderborn und Wuppertal, denen Volksverhetzung in etlichen

Fällen vorgeworfen wird. In dem Forum wurde nicht nur der Nationalsozialismus glorifiziert, es soll auch zum Mord an Juden, Migrant/innen und politischen Gegnern aufgerufen worden sein. Mehr dazu im nächsten Newsletter. (kg)

Kölner Hool darf nicht mehr einreisen

Der lange Zeit in Köln lebende Denis Kapustin hatte unter dem Namen „Dennis Nikitin“ das Neonazi-Modelabel „White Rex“ gegründet und Kampfsportevents organisiert. Auch in der Kölner Hool-Szene war Nikitin eine große Nummer. Nachdem er vor wenigen Monaten ins Ausland gezogen war, erwirkten die Behörden gegen den Neonazi, der keinen deutschen Pass besaß, eine „Erlöschung der Niederlassungserlaubnis“ – so die Recherchen von NDR, WDR

und Süddeutscher Zeitung. Die Behörden hätten zudem, so heißt es in der SZ, ein Einreiseverbot für den gesamten Schengenraum verhängt mit der Begründung: „Bestrebung gegen die freiheitlich demokratische Grundordnung“.

„Das nimmt der Nazi-Kampfsportszene eine ihrer zentralen Schlüsselfiguren.“, so Robert Claus, der seit langem zu Fankulturen, Rechtsextremismus und Kampfsport forscht. (kg)

Rechte Straftaten in NRW gestiegen

1216 politisch rechte Straftaten wurden in NRW im ersten Halbjahr 2019 erfasst. Das waren über 22 Prozent mehr als im gleichen Zeitraum 2018. Die meisten Straftaten fanden in Köln (128) statt, gefolgt von Essen (63), Düsseldorf (57) und Dortmund (49). Im Regierungsbezirk Köln waren es insgesamt 367 Straftaten. Diese Zahlen gehen aus der Antwort des NRW-Innenministeriums auf eine Anfrage der GRÜNEN-Landtagsabgeordneten Verena Schäffer hervor. Die Zahl der Gewaltdelikte blieb mit 36 nahezu gleich (1. Halbjahr 2018: 35). Für den Regierungsbezirk Köln stellt sich die Statistik wie folgt dar: Köln: 128, Bonn: 46, Leverkusen: 18, Aachen: 34, Städteregion Aachen: 27, Kreis

Düren: 23, Kreis Euskirchen: 1, Kreis Heinsberg: 12, Rheinisch-Bergischer-Kreis: 19, Rhein-Erft-Kreis: 27, Rhein-Sieg-Kreis: 8, Oberbergischer Kreis: 24.

Das Themenfeld „Nationalsozialismus/ Sozialdarwinismus“ nimmt mit 956 Fällen den größten Anteil der Gesamtzahl der politisch motivierten Kriminalität rechts ein. Das Innenministerium NRW schlüsselt auch antisemitische und antimuslimische Straftaten auf. Die Anzahl antisemitischer Straftaten sind im Vergleich zum Vorjahreszeitraum nur leicht gestiegen (2019: 87, 2018: 82). Ebenfalls gestiegen ist die Anzahl antimuslimischer Straftaten (2019: 42, 2018: 35). (mu/kg)

Bildnachweise:

- S. 2: NS-DOK (o.), Jörn Neumann/NS-DOK (u.)
- S. 3: RBA/Marion Mennicken (o.), NS-DOK (M.), Asaria Niedenhoff (u.)
- S. 4: Benedikt Reuse (o.), Ruedi und Vera Baur (M.)
- S. 5: Frank Möller
- S. 7: Netzwerk gegen Rechts
- S. 8: DEIN e.V.
- S. 11: Arthur Pluta/Ralf Rotterdam
- S. 12: Túrelío (via Wikimedia-Commons)
- S. 13: FilmInitiativ Köln
- S. 15: rowohlt
- S. 17: ibs
- S. 18: Jennifer Marken
- S. 19: BfDT (o.), Lisa Blum (M.)
- S. 20: ÖGG
- S. 21: Forum für Willkommenskultur
- S. 23: BVMB
- S. 27: JCC

Impressum

Redaktion:
Hans-Peter Killguss
NS-Dokumentationszentrum der Stadt Köln
Info- und Bildungsstelle gegen Rechtsextremismus
Appellhofplatz 23-25
50667 Köln
Tel.: 0221 - 221 27963
Fax: 0221 - 221 25512
E-Mail: ibs@stadt-koeln.de
www.nsdok.de

Sie können den monatlichen Newsletter der Info- und Bildungsstelle gegen Rechtsextremismus abonnieren über ibs@stadt-koeln.de. Dafür benötigen wir von Ihnen eine gültige E-Mail-Adresse. Wir verwenden Ihre persönlichen Daten ausschließlich für die Zustellung des Newsletters. Selbstverständlich werden Ihre Daten vertraulich behandelt und nicht an Dritte weitergegeben.

Der Newsletter ist werbefrei und kann jederzeit wieder abbestellt werden. Senden Sie dazu eine E-Mail an ibs@stadt-koeln.de mit der Betreffzeile 'Newsletter abbestellen'.